

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

42. Jahrgang  
www.kpd-ml.net

\* PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg  
bzw.

\* Nr.1/2008 1,-- Euro  
kpd-ml@arcor.de

## SO NICHT ?



## SO DOCH -

**Der verlorene Kampf um Nokia (Bochum)**

# Heraus zum kämpferischen 1. Mai – Organisieren wir uns gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Hoch die internationale Solidarität!

**Demonstration: 1. Mai, 11.30 Uhr, Alter Markt Magdeburg**

Der Blick auf den Gehalts- oder Hartz 4-Scheck am Anfang des Monats zeigt den Meisten von uns: Es gibt nix zu “feiern”.

Auch der 1. Mai sollte uns ins Gedächtnis rufen, dass wir für unsere Rechte kämpfen müssen und es keinen Grund gibt, diese ausbeuterischen Lebensverhältnisse im Kapitalismus mit einem Lachen hin zu nehmen.

Wir alle - ob ArbeiterInnen, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, SchülerInnen, RentnerInnen oder MigrantInnen - sind Ausgebeutete des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Diese Tatsache bekommt Jede/r von uns täglich zu spüren. Sei es durch längere Arbeitszeiten, sinkende Löhne, Schikanen auf dem Amt, unbezahlte Überstunden oder durch die immer stärkere Repression,... Fakt ist, dass es in allen Lebensbereichen für (fast) Jede/n immer enger wird, was Frauen und MigrantInnen besonders zu spüren bekommen.

## **Wirtschaftlicher Aufschwung?**

Dabei soll uns der von Wirtschaft, Regierung und Medien gepriesene Aufschwung nur weiter vertrösten. In Wahrheit ist es ein Aufschwung der oberen 10.000, der auf unserem Rücken getragen wird.

Es werden doch nur die Ausbeutungsbedingungen durch Gesetze und die momentane Tarifpolitik für die Kapitalisten verbessert. Nicht nur, dass unsere Löhne an Wert verlieren, die Lebenserhaltungskosten steigen konsequent. Auch, dass wir seit über 15 Jahren die gleiche Arbeit wie unsere Kolleginnen aus dem Westen leisten und trotzdem nur einen Teil des “Westgehalts” bekommen, ist mehr als blanker Hohn, das ist Betrug. Ebenso ist es bis heute Tatsache, dass Frauen für die gleiche Arbeit immer noch nicht den gleichen Lohn erhalten. Ob Ost oder West - Männer oder Frauen - LeiharbeiterInnen oder Stammebelegschaften - deutsch oder “nichtdeutsch”, das Kapital verfügt über vielfältige Strategien zur Spaltung unserer Klasse. Der Neofaschismus ist eine weitere Form der Desorganisation der ArbeiterInnen. In Sachsen - Anhalt ist das für uns ein erhebliches Problem.

Auf der anderen Seite begründet sich der angebliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen, welche ja das Hauptargument für ihren wirtschaftlichen Aufschwung ist, allein darin, dass immer mehr Menschen in den Billiglohnsektor gedrängt werden. Davon profitieren allein die Wirtschaftseliten, aber nicht wir, die Menschen, die diese Produktivität und die Gewinne erarbeiten.

Die soziale Realität spricht hier in Magdeburg und Sachsen-Anhalt eine deutliche Sprache: die Arbeitslosigkeit ist bei Jugendlichen und Menschen über 50 Jahren überdurchschnittlich hoch.

Es gibt kaum Betriebe, die noch bereit sind, regulär auszubilden... Doch im Gegensatz dazu schießen staatlich geförderte Ausbildungsbetriebe im Osten wie Pilze aus dem Boden.

Dadurch kann sich eine regionale Wirtschaft auch nur auf Kosten unserer Klasse entwickeln, bzw. halten. Entscheidend dabei sind nur die Interessen und Vorgaben der Konzerne und Kapitalisten.

Menschen, die einmal arbeitslos sind bekommen kaum noch einen vernünftigen Arbeitsplatz, sondern müssen sich wie erwähnt durch 1-Euro-Jobs und ABMs ausbeuten lassen. Und an diesem Punkt ist die Frage, die sich tausende Jugendliche und Erwachsene stellen absolut berechtigt: Wozu soll ich hier noch arbeiten, wenn ich

von dem Geld eh nicht leben kann und zusätzlich Hartz IV beantragen muss?

Immer mehr Menschen bekommen Strafverfahren wegen Sozialdelikten. Mit dem fortwährenden Sozialabbau wird auch die Repression stärker, weil immer mehr Menschen darauf angewiesen sind sich "schwarz" oder "illegal" das zu nehmen, was ihnen eigentlich zusteht.

Wie kann es sein, dass Menschen aufgrund von Schwarzfahren mit der Bahn in den Knast gesteckt wird?

Auch ein 1-Euro-Jobber muss am Ende des Monats irgendwie zur "Arbeit" kommen.

Doch nicht nur auf unserem Rücken werden Profitinteressen der kapitalistischen Konzerne ausgetragen. Vor allem die Menschen in so genannten "Dritte-Welt-Ländern" müssen für die totale Beherrschung des Weltmarkts durch kapitalistische Konzerne bluten. Durch Kriege, wirtschaftliche Sanktionen oder Installierung von Marionetten-Regimen bzw. deren militärische und wirtschaftliche Unterstützung - die imperialistischen Staaten setzten seit jeher ihre Interessen mit allen Mitteln durch.

Auch die BRD beteiligt sich seit 1998 aus politischen und wirtschaftlichen Gründen wieder aktiv an Angriffskriegen weltweit. Deutsche Bundeswehrtruppen sind heute u.a. in Afghanistan, im Kosovo, im Irak und Georgien aktiv. Ihre Schweinereien werden auch hier ganz in der Nähe vorbereitet. In der Colbitz-Letzlinger-Heide gibt es einen qualitativ hochwertigen Truppenübungsplatz, auf dem die Soldaten für Gefechte geschult werden. In Kletz und auch in Burg befinden sich Einrichtungen der Bundeswehr, in welchen Soldaten als Kriseninterventionskräfte ausgebildet werden. Imperialistische Kriege sind also die andere Seite der Medaille.

**Sachsen –Anhalt ist eine der ärmsten Regionen Ostdeutschlands.**

**Trotzdem ist genug Geld für einen der modernsten Truppenübungsplätze Europas vorhanden. Dies alles, um Kriege vorzubereiten, welche nicht nur wahnsinnig viel Geld, sondern hauptsächlich unschuldigen Menschen das Leben kosten!**

**Lasst uns unseren Unmut an diesem Tag auf die Straße tragen und unsere Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten des kapitalistischen Herrschaftssystems der Reichen und Besitzenden zum Ausdruck bringen!! Die Demonstration könnte zum Ausgangspunkt einer gemeinsamen Organisierung werden. Unsere Probleme können wir nur selbst lösen durch gemeinsamen Klassenkampf.**

**Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Darum:**

**Weg mit Agenda 2010 und Hartz 4!**

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**

**10 Euro Mindestlohn für alle!**

**Keine deutschen Soldaten ins Ausland – gegen imperialistische Kriege!**

**Klasse gegen Klasse!**

**Proletarischen Widerstand organisieren – international!**

**Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen weltweit !!**

**Es gibt nix zu feiern, außer der sozialen Revolution!!!**

*Linkes Bündnis Magdeburg*

[www.dkp-lsa.de](http://www.dkp-lsa.de)

[www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net)

[www.freenet-homepage.de/kpd-sachsen-anhalt](http://www.freenet-homepage.de/kpd-sachsen-anhalt)

[www.zusammen-kaempfen.org](http://www.zusammen-kaempfen.org)

[www.montags-auf-die-strasse.de](http://www.montags-auf-die-strasse.de)

Korrespondenz zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse:

## Woher kommt der 1. Mai? Was bedeutet er uns heute?

Am 1. Mai 1886 beginnt in den USA ein mehrtägiger Generalstreik für die Einführung des Achtstundentages. An ihm nehmen etwa 350.000 Arbeiter in den großen Industriezentren des Landes teil.

Vom 14. bis 20. Juli 1889 findet - mit tatkräftiger Hilfe von Friedrich Engels - ein internationaler Arbeiterkongress in Paris statt. Hier beraten fast 500 Delegierte von sozialistischen Parteien, Gruppen und Arbeiterorganisationen aus allen europäischen Ländern, Argentinien, Russland und den USA. Sie einigen sich darauf, ab 1890 jeden 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse für den Achtstundentag durchzuführen. Und das in einer Situation, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland täglich 11 Stunden an sechs Tagen (von Montag bis einschließlich Samstag) schuften müssen.

### Aus Niederlagen lernen!

In den letzten Jahren ist die Arbeiterklasse in Deutschland mit einer Reihe von Abwehrkämpfen gegen die Pläne der herrschenden Kapitalisten verwickelt. Massenentlassungen und Werksschließungen standen und stehen an.

Symbole für diese Abwehrkämpfe sind die Streiks und Aktionen um das Berliner Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk (BSH), das Nürnberger AEG/Elektrolux-Werk, das Siemens/BenQ-Werk in Kamp-Linfort, die Stellenstreichungen an den verschiedenen Airbus-Standorten, die Schließung des Nokia-Werkes in Bochum.

Weitere Massenentlassungen von Tausenden Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten sind von den Konzernherren bei Siemens (SEN), Telekom, Henkel, BMW angekündigt. So konnte in den letzten Jahren kein Arbeitsplatzabbau verhindert werden, obwohl die DGB-Gewerkschaften (insbesondere die IG Metall) zu betrieblichen Aktionen bis hin zu Streiks um so genannte Sozialtarifverträge aufriefen. Dabei geht es den DGB-Bürokraten nie um die effektive Verhinderung von Massenentlassungen oder Werksschließungen. Die Wut und Kampfesentschlossenheit der Belegschaften soll nur auf die legalen Bahnen von Verhandlungen für einen Sozialplan (oder Sozialtarifvertrag) zwischen "Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern" gelenkt werden, der dann mit entsprechendem Druck durch die einzelnen Belegschaften (Aktionen, Demonstrationen, Solidaritätskreise in der Region usw. bis hin zum Streik) möglichst teuer für die Konzerne werden soll. Allerdings drohen den dann doch entlassenen Kolleginnen und Kollegen die Suche nach neuen Arbeitsplätzen (womöglich in einer ganz anderen Region der BRD), Qualifizierungsmaßnahmen in so genannten Beschäftigungsgesellschaften, unbefristete Arbeitsverträge, Leih- und Zeitarbeitsplätze, Praktika, Arbeitslosengeld I und schließlich Hartz IV mit den Ein-Euro-Jobs (und damit einer neuen Form von "gemeinnütziger" Zwangsarbeit, die fatal an den faschistischen Reichsarbeitsdienst erinnert).

### Den Kampf um jeden Arbeitsplatz organisieren

Diese Taktik des auf friedliche Zusammenarbeit mit dem Kapital ausgerichteten DGB-Gewerkschaftsapparates nur auf

legale Aktionsformen wie den "Streik für einen Sozialtarifvertrag" zu orientieren, hat sich in der Praxis als untauglich erwiesen. So sollen wir an die Kette des reaktionären Betriebsverfassungs- und Tarifvertragsgesetzes gelegt werden, was unser Recht auf selbst bestimmte Streiks und Aktionen stark einschränkt.

Eine Macht können wir Werktätigen nur werden, wenn wir die Sache in die eigenen Hände nehmen, wenn wir nicht zulassen, dass eine Handvoll DGB-Bonzen darüber bestimmen, ob, wie, wann, wie lange, mit welchen Forderungen wir kämpfen und streiken. Dafür ist es nötig, wenn wir einen Kampf beginnen, dass wir uns ein von den Gewerkschaftsbossen unabhängiges Organ in den Betrieben schaffen. Ein selbständiges Kampf- und Streikkomitee, das direkt von der gesamten Belegschaft (unabhängig ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht) aus unserer Mitte gewählt wird, um den Kampf um jeden Arbeitsplatz oder eine andere anstehende Kampfaufgabe zu organisieren, zu koordinieren und zu leiten. Ein Kampf-/Streikkomitee, das unser volles Vertrauen genießt, uns über jeden Schritt Rechenschaft ablegt und im Falle unseres Misstrauens jederzeit wieder absetzbar ist. So wird proletarische Demokratie fass- und erlebbar gemacht. Ein Komitee, das nicht dazu da ist, hinter verschlossenen Türen mit den Bonzen zu kungeln und in die Fußstapfen der Gewerkschaftsbürokratie zu treten, sondern für die von uns aufgestellten Forderungen als Minimalziele zu kämpfen. Nur solche Kampf-/Streikkomitees geben die Möglichkeit, die stärkste Einheit und breiteste Solidarität in der Belegschaft herzustellen, nicht nur um unsere eigenen Forderungen kundzutun, sondern sie auch zu erkämpfen.

Eigenständige Kampf-/Streikkomitees für einen konkreten Kampf zu gründen bedeutet nicht, dass wir uns gegen gewerkschaftliche Organisation stellen oder aus der Gewerkschaft auszutreten wollen. Gewerkschaften sind die breiteste Massenorganisation der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten. Sie sind die erste Schule der Organisation, der Solidarität und des Kampfes.

Wenn der DGB keine dieser Eigenschaften besitzt, so liegt es daran, dass er als "gelbe" Gewerkschaft nicht die objektiven Interessen seiner Mitgliedschaft vertritt, sondern die der Bonzen und seines bürokratischen Apparates. Daher müssen wir in den Gewerkschaften bleiben und in diesen einen Kampf für unsere Interessen führen, gegen die Interessen der Gewerkschaftsbosse.

Die Bilanz der letzten Jahre des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus zeigt, dass wir mehr denn je betriebliche Kampf-/Streikkomitees brauchen, um uns gegen die ununterbrochenen Angriffe von Kabinett und Kapital zu wehren.

### Politischer Kampf gegen den BRD-Imperialismus

Doch nur in den Betrieben um ökonomische Ziele zu kämpfen genügt nicht. Der Demokratie-, Lohn- und Sozialabbau sowie der demokratische und soziale Notstand

der Republik kann nur gestoppt werden, wenn die Werktätigen auch politisch kämpfen. Es stellt sich u.a. die Frage: Wie oft denn sollen die Werktätigen den Kapitalisten ihren Staatshaushalt finanzieren? So verkündet die Regierung, sie erwarte bis 2009 etwa 82 Milliarden Euro mehr an Steuergeldern als vorausgeschätzt. Hauptgrund: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, also einer Steuer, die vor allem die trifft, die den größten Teil ihres Einkommens für das nackte Überleben ausgeben müssen.

Wir sollen nochmals zahlen für ihren Staatshaushalt. Bezahlt haben wir, indem wir für die Steuern vom Lohn immer weniger bekommen "immer weniger Schulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Theater oder Öffentliche Verkehrsmittel. Mit unserer Arbeit hergestellt haben wir, um nur ein Beispiel zu nennen, jedes Krankenhaus, jeden Operationsaal und jeden Wattlebtausch in diesem Land. Ohne uns wäre das alles nur ein Haufen glänzender Schrott. Und dann bezahlen wir es noch mal mit unserer Lohnsteuer. Und noch mal mit Zuzahlungen, Praxisgebühren, Krankenhaustagegeldern usw. Jetzt sollen die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten länger arbeiten (Wiedereinführung der 40-Std-Woche etc.) und auf Lohnerhöhungen (bzw. Urlaubs- und Weihnachtsgeld) verzichten, obwohl doch alles andere (z.B. die "Mittel zum Leben", also nicht nur die Lebensmittel) immer teurer wird.

Und wozu das alles? Dazu, dass die Regierung wie gerade angekündigt den Kapitalisten noch mal 10 Milliarden an Steuern schenken kann, um dann gleich weiter über die angeblich leeren Kassen zu jammern. 120 Milliarden Euro wollen und können die deutschen Monopole dieses Jahr in Firmenkäufe in der ganzen Welt stecken, bezahlt von den Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten mit der größten Lohnzurückhaltung seit 1959, mit unbezahlter Arbeit und aus den Steuernachlässen der Regierungen.

"Solidarität" damit und dazu, dass die Regierungen das von uns geraubte Geld in die Bundeswehr, also die höchstgerüstete Armee Europas stecken, damit Deutschland wieder einmal am Hindukusch oder in Heiligendamm verteidigt wird? Wenn wir diese "Solidarität" verweigern, ist das nur allzu richtig. "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" Das war einmal das Motto einer Sozialdemokratie, die das Lohnsystem noch abschaffen wollte. Diesem System keinen Mann, keinen Cent, keine Minute und nicht eine unbezahlte Sekunde!

#### **Aufbruch, Widerstand, Klassenkampf statt Vaterland!**

Da reichen uns Werktätigen nicht die eine oder andere Reform am System des BRD-Imperialismus, auch wenn sie sich noch so gut anhört, wenn die Vertreter der neuen (links-)sozialdemokratischen Partei "Die Linke" den "Turbo", "Heuschrecken", "Finanz-" oder "neoliberalen" Kapitalismus sozialer, gerechter und pazifistischer einrichten möchten. Helfen kann dem Proletariat nur der konsequente ökonomische, politische und ideologische Klassenkampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD und seine Helfershelfer (in den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien) innerhalb der Arbeiterbewegung. J.W. Stalin beschreibt diesen Klassenkampf in seinem Artikel "Der Klassenkampf" von 1906: "Zwecks Verteidigung der beruflichen Interessen der Proletarier werden Gewerkschaftsverbände geschaffen, die für die Erhöhung des Arbeitslohns, für

die Kürzung des Arbeitstages usw. kämpfen. Aber außer ihren beruflichen Interessen haben die Proletarier auch noch allgemeine Klasseninteressen, die in der sozialistischen Revolution und in der Errichtung des Sozialismus bestehen. Die sozialistische Revolution aber lässt sich nicht vollziehen, bevor nicht das Proletariat als eine einheitliche und unteilbare Klasse die politische Herrschaft erobert hat. Dazu eben braucht das Proletariat den politischen Kampf und eine politische Partei, die seiner politischen Bewegung die ideologische Führung gibt. Natürlich sind die Arbeiterverbände zum größten Teil parteilos und neutral. Aber dies bedeutet lediglich, dass sie von der Partei nur in finanzieller und organisatorischer Beziehung unabhängig sind ... Was dagegen die ideologische Abhängigkeit der Gewerkschaften von dieser oder jener politischen Partei anbelangt, so muss eine solche Abhängigkeit unbedingt bestehen, sie muss, abgesehen von allem anderen, schon deshalb bestehen, weil den Verbänden Mitglieder verschiedener Parteien angehören, die unvermeidlich ihre politischen Überzeugungen in die Verbände hineintragen werden. Klar ist: Kann das Proletariat nicht ohne den politischen Kampf auskommen, so kann es auch nicht ohne die ideologische Führung dieser oder jener politischen Partei auskommen. Noch mehr, es muss selbst eine Partei suchen, die seine Verbände in würdiger Weise in das 'gelobte Land', zum Sozialismus führen wird. Hier aber muss das Proletariat auf der Hut sein und umsichtig zu Werke gehen. Es muss sich über das ideologische Gepäck der politischen Parteien volle Klarheit verschaffen und sich frei zur ideologischen Führung derjenigen Partei bekennen, die seine Klasseninteressen mutig und konsequent verteidigen, das rote Banner des Proletariats hochhalten und es kühn zur politischen Herrschaft, zur sozialistischen Revolution führen wird.

Bisher erfüllt diese Rolle die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, folglich besteht die Aufgabe der Gewerkschaften darin, sich zu ihrer ideologischen Führung zu bekennen. Bekanntlich ist das in der Tat auch so.

Also ökonomische Schlachten mit Hilfe der Gewerkschaften, politische Attacken unter der ideologischen Führung der Sozialdemokratie [heute muss es heißen: 'unter Führung der Kommunistischen Partei', Anm. des Verf.] diese Form hat heute der Klassenkampf des Proletariat angenommen. Kein Zweifel, dass der Klassenkampf immer stärker entbrennen wird." (Stalin: Werke Band 1, S. 248-249, siehe: www.stalinwerke.de )

- **Für den Wiederaufbau der KPD!**
- **Kampf gegen den Demokratie-, Sozial- und Lohnabbau sowie den Staatsumbau zum Notstand der Republik!**
- **Schafft selbstständige Kampf- und Streikkomitees beim konkreten Kampf um jeden Arbeitsplatz und gegen die Forderungen der Kapitaloffensive!**
- **Für die Forderung nach der 30-Stundenwoche (6-Studentag bei einer 5-Tageweche) bei vollem Lohn- und Personalausgleich in den nächsten Tarifrunden!**
- **Für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde!**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (für Frauen, Arbeitsmigranten, Leih- und Zeitarbeiter)!**
- **Weg mit der Rente mit 67, Hartz IV und den anderen "Reformen" der Agenda der großen Koalition!**

# Über Nacht verkündete Nokia das Aus für Bochum

Die deutsche politische Obrigkeit hat diese Umgangsweise des finnischen Weltkonzerns mit markigen Worten quittiert. Von "Karawanenkapitalismus" und "Subventionsheuschrecken" war die Rede. Sie wollen uns damit sagen, Nokia habe einen sonst überall vorherrschenden "sozial verantwortlichen" Umgang der Kapitalisten mit der arbeitenden Bevölkerung verletzt. Da können wir den hohen Herren von der Politik nicht folgen. Es ist vielmehr so, dass die Brutalität und Unverfrorenheit von Nokia absolut typisch ist für das heutige Verhalten der Besitzerklasse gegenüber der Arbeiterklasse.

Die Zeiten, als Belegschaften regelmäßig "stufenweise" und "sozialverträglich" abgetragen wurden, gehören der Vergangenheit an. Die ungeheuere Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf Weltebene, die hinter der Immobilienkrise sich abzeichnende Zuspitzung der Überproduktionskrise

des Kapitalismus zwingen die alten Industriestaaten, die Maske der "Sozialpartnerschaft" fallen zu lassen, welche in den meisten Weltteilen ohnehin nie groß aufgesetzt wurde.

"Wir schreiben schwarze Zahlen, machen Millionen Gewinne. Und ein Werk, das Gewinne macht, macht man nicht einfach tot" - Ob dieser positiven Bilanz könnten die profitgierigen Konzernbosse doch voll und ganz zufrieden sein!

Viele KollegInnen erklären sich die heutigen Verhältnisse moralisch: Gier, Lüge, Betrug usw.

Sie meinen, die Gründe von Betriebsstillegungen z.B. sind konzernpolitischer Natur und die übliche Profitgier.

Diese Illusionen spiegeln letztlich den sozialdemokratischen Einfluß wider, der besagt, wenn es Gewinne gibt, ist doch Geld genug da und man kann die Arbeiterklasse in Ruhe lassen.

Sozialdemokraten, Gewerkschafter usw. vertreten diese Ansichten und behindern eine kämpferische Gegenwehr.

**Die Verwertung des Kapitals ist sein einziger Zweck**

Verwertung des Kapitals heißt nicht, daß überhaupt ein Profit erzeugt wird, sondern daß eine durchschnittliche Profitrate angestrebt wird.

**Die Profitrate und nicht der Profit als solcher ist der Dreh- und Angelpunkt des Kapitals**



Es ist eben gerade nicht so, daß das Kapital die Arbeiter doch in Ruhe arbeiten lassen kann, wenn es nur Gewinn macht. Zahllose Werke sind trotz Gewinn geschlossen worden. Sie warfen nicht genug Rendite ab. Die Produktion wurde auf andere Werke konzentriert, um deren Auslastung zu erhöhen und damit auch die Renditen. Nach diesem Muster wurde auch die Stilllegung von Nokia in Deutschland geplant.

**Die Konzernbosse können gar nicht zufrieden sein, wenn sie nur Profit erwirtschaften, weil es dem Wesen des Kapitals widerspricht.**

Dazu kommt unter den heutigen Bedingungen des Kapitalismus, dass die Aktionäre wachsenden Druck auf die Konzerne ausüben, Betriebe mit unterdurchschnittlicher Rendite zu verkaufen bzw. still zu legen. Dadurch steigen die Aktienkurse und die entsprechenden Kursgewinne. Die Banken, die den jeweiligen Haupteinfluss bei Konzernen ausüben, setzen die Konzernspitzen in dieser Hinsicht ebenfalls unter Druck.

Natürlich besteht die Profitgier der Bosse, aber die Verwertung des Kapitals als Selbstzweck ist die Grundlage ihrer subjektiven Einstellung.

Revolutionär kann die Arbeiterklasse nur in dem Maße werden, in dem sie ihre Illusionen über das Wesen des Kapitals ablegt.

Die Profitrate kann aber auch dann fallen, wenn der Profit steigt. *Der Profit muß auf das investierte Kapital bezogen werden.*

Daß das Werk ausgelastet ist und die Qualität der Produkte sehr gut, spricht vom Standpunkt des Kapitals nicht gegen eine Stilllegung. Entscheidend ist, wie die Profitraten stehen und ob insgesamt im Konzern Überkapazitäten aufgebaut worden sind, die auf die Profitraten drücken. Entscheidend ist die Konzernprofitrate im Verhältnis zu Profitraten der Konkurrenz oder in anderen Bereichen der Kapitalverwertung.

Die hohe Produktivität kann indirekt anzeigen, daß das investierte Kapital als Grundlage der Produktivität stark angestiegen ist und die Profitraten nach unten gezogen hat.

Hohe Produktivität ist nicht eine Tatsache, die gegen Stilllegungen spricht, sondern die auf dem Boden der Kapitalverwertung für Stilllegungen spricht. Gerade die steigende Produktivität führt zu Überkapazitäten, zu sinkenden Profitraten, erzwingt die Vernichtung von Kapital und damit auch Entlassungen.

Kaufen, um stillzulegen, ist ein Mittel, die Kapitalverwertung unter den Bedingungen der Überproduktion zu sichern. Aus dieser Analyse lassen sich revolutionäre Schlussfolgerungen ziehen. Falsch wäre es aber zu glauben, daß Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen der Arbeiterklasse nützen müßte und nur profitgieriger Bosse das verhindern.

**Daß die Produktivität der Arbeiterklasse sich gegen sie richtet, ist ja gerade das Grundproblem, weshalb der Kapitalismus historisch überholt ist und abgelöst werden muß.**

Typisch für das Kapital ist ferner, daß die Qualität der Produkte, d.h. ihr Gebrauchswert, nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung sind. Die Qualität der Produkte hat nicht die geringste Bedeutung für die Frage, ob ein Werk stillgelegt wird. Im Gegenteil: qualitativ gute Produkte können den Warenabsatz verlangsamen, die Überproduktion erhöhen, die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals verringern und

damit die Profitraten senken.

“Gewaltsame Vernichtung von Kapital (ist) ... Bedingung seiner Selbsterhaltung”, schreibt Marx und nicht Ausfluß der Profitgier von Managern und Aktionären. Gerade die Produktivität der Arbeiterklasse, ihre qualitativ gute Arbeit führt zum tendenziellen Fall der Profitrate und damit zur Vernichtung von Kapital.

Es wäre ein Fortschritt gewesen, wenn die Belegschaft Nokia besetzt hätte. Das wäre eine kämpferische Einstellung.

Solidarität wäre ihnen gewiss gewesen, ein Ansporn für KollegInnen zu kämpfen.

**Wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren!**

\*\*\*\*\*

**Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.**

**Impressum:**

**ROTER STERN**

**Zentralorgan der KPD/ML**

\* \* \*

**Herausgeber:**

**ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)**

\* \* \*

**Redaktion und Vertrieb:**

**Postfach 35 11 02**

**39034 Magdeburg**

**www.kpd-ml.net**

**und**

**kpd-ml@arcor.de**

\* \* \*

**Eigendruck im Selbstverlag**

Die KPD/ML verteilte zu Beginn des Kampfes in Bochum und anderen Städten das folgende Flugblatt:

## ES GEHT NICHT NUR UM NOKIA!

*“Erfolg hat ein Geheimnis. Bei Nokia ist das der Mensch.” (Nokia-Eigenwerbung)*

Nokia braucht den Menschen - zum einen, um seine Arbeitskraft auszubeuten, zum anderen als Kunden, dem die Produkte angedreht werden. Ist aus dem Menschen nichts mehr herauszuholen oder ist anderswo die Ware Mensch billiger, so werden die bisher Ausbeuteten auf die Straße geworfen. Da ist Nokia allerdings kein Einzelfall, so funktioniert der Kapitalismus. Da kannst Du Dich krummlegen, Überstunden schieben, Lohnverzicht üben usw. - das alles hilft Dir dann gar nichts, Du fliegst auf die Straße. Und selbst, wenn es für Dich einen einigermaßen annehmbaren Sozialplan geben sollte, die Arbeitsplätze sind weg, und das trifft nicht nur Dich. Die Zahl der wahrscheinlich bedrohten Arbeitsplätze steigt fast täglich, zunächst war von etwa 2.000 die Rede, dann von 2.300, einen Tag später schon von 4.300, dann von 4.800 - wahrscheinlich kann

zur Zeit noch niemand die wirklichen Folgen so richtig überblicken.

Warum ist denn die Ware Mensch in Rumänien oder anderswo angeblich billiger? Weil dort die Umweltschutzbestimmungen lockerer sind, der Gesundheitsschutz in den Betrieben schlechter als bei uns usw.! Das Ausquetschen der Menschen ist dort also für Firmen wie Nokia billiger! Den Arbeitern in Rumänien gönnen wir ja Arbeitsplätze, doch die sollen sie gar nicht kriegen - sie sind zu teuer! Als Arbeitssklaven verramscht werden sollen - wie man liest - in Rumänien noch billigere Import-Chinesen!

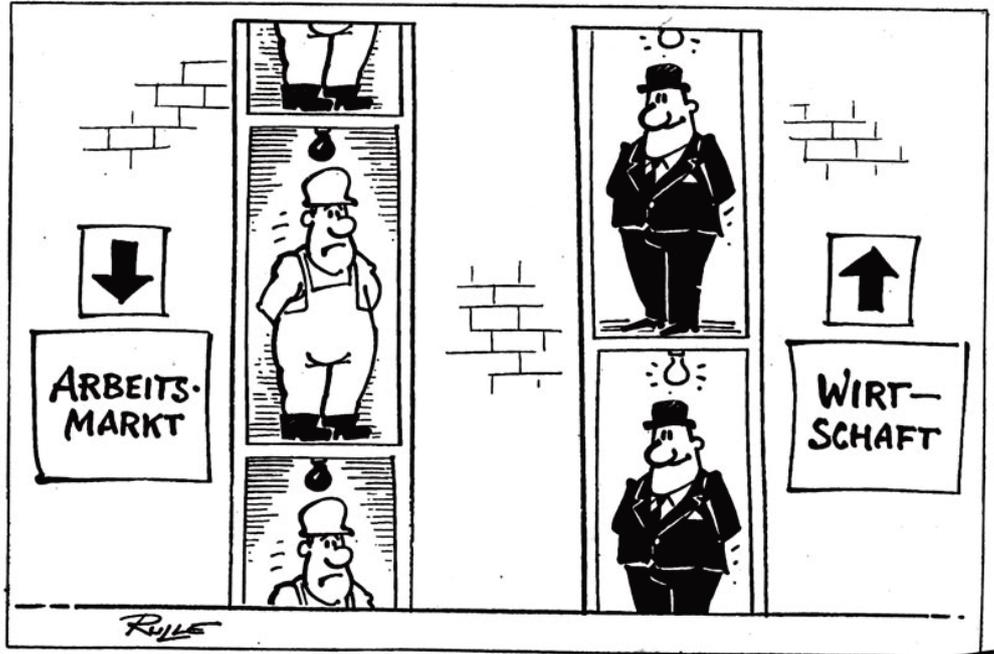
*“Mit sozial ausgerichteten und umweltbezogenen Programmen zeigt Nokia hohes Verantwortungsbewußtsein.” (Nokia-Eigenwerbung)*

Das ist der glatte Hohn!

Was ist von dem Gerede der Politiker-Touristen zu halten? Umweltminister Trittin sprach es während seiner Amtszeit unter Schröder deutlich aus: 5 Millionen Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen von verschmutztem Trinkwasser. Da muß etwas getan werden... Richtig, Herr Trittin, denen muß geholfen

werden, weil es ihnen im wahrsten Sinne des Wortes dreckig geht. Doch warum will Herr Trittin, daß da etwas getan wird? Seine Begründung: Sonst kommt es zu sozialen Unruhen!

Ja, liebe Leute, das ist der Grund, warum die Politiker in solchen Situationen wie jetzt in Bochum sich die Klinke in die Hand geben und sich uns andienen wollen als Führung im Kampf um den Erhalt des



Nokia-Standortes Bochum. Nicht, um den Betroffenen zu helfen und sie zu unterstützen, sondern weil sie Angst vor dem Widerstand der Betroffenen haben. Danke, Herr Trittin! Da haben Sie uns ja den Weg gewiesen, den wir gehen müssen! Betreiben wir doch “soziale Unruhen”, so sind die Herrschenden offenbar aus Trab zu bringen!

Es gibt die Forderung an Nokia, die 88 Millionen € Subventionen für die Errichtung des Werkes in Bochum zurückzuzahlen. Das ist zwar eine richtige Forderung, doch ist sie schon ein erster Schritt in Richtung Kapitulation, sie akzeptiert nämlich bereits jetzt die geplante Schließung. Wirklich verhindert werden kann das aber nur dann, wenn die Arbeiter die politische Macht haben!

Kampf um jeden Arbeitsplatz bei Nokia Bochum!  
Sofortiges Verbot des Arbeitsplatzexportes in andere Länder!

Unterstützt den Kampf der Nokia-Belegschaft!  
Fordern wir die gesetzliche Rückzahlungsverpflichtung von Subventionen von den Subventions-Heuschrecken!

Korrespondenz: Persönliche Eindrücke vom

## Kampf um Nokia

Am Montag vor dem Tag der Solidarität in Bochum (22. Januar) war ich in Recklinghausen und habe während der dortigen Montags-Kundgebung (der MLPD) unser Flugblatt verteilt. Dabei stellte ich fest, daß das Interesse an und die Sympathie für die Nokia-Beschäftigten in der Bevölkerung sehr groß sind. Das Flugblatt konnte ich gut verteilen, es kamen sogar ungewöhnlich viele Passanten auf mich zu und holten sich ein Exemplar. Die wenigen (fast nur MLPD-) Montagskundgebungsteilnehmer hatten "Nokia" auch zu ihrem Hauptthema gemacht. Sie forderten zum "Kampf wie bei Opel" auf, was ich gut fand. Deshalb half ich der MLPD auch beim Verteilen ihrer Flugblätter, als meine alle weg waren - heute würde ich dieses Flugblatt der MLPD nicht mehr verteilen- das liegt an den Nokia-Beschäftigten.

Am Dienstag war ich dann auf der Demo und bei der Kundgebung in Bochum. Sie war von der Zahl der Teilnehmer und von den Solidaritätserklärungen her sehr beeindruckend, mindestens 15.000 Menschen beteiligten sich, eine Reihe von Schulen hatten ihren Schülerinnen und Schülern frei gegeben. Zusammen mit einem anderen Genossen verteilte ich mehrere hundert Flugblätter. Hierbei fiel mir allerdings unangenehm auf, daß viele durch ihre Kleidung als Gewerkschaftsmitglieder (ver.di bzw. IG Metall) oder gar als Nokia-Beschäftigte erkennbare Demonstrationsteilnehmer nicht bereit waren, unser Flugblatt zu nehmen. Das ging jedoch nicht nur uns so, sondern anderen linken bzw. kommunistischen Gruppen auch. Die Menschen stehen offenbar unter dem Einfluß der Gewerkschaftsführung und der SPD und betrachten linke Gruppen ("K-Gruppen") als Trittbrettfahrer-

dieser Argwohn ist ja auch nicht immer von der Hand zu weisen. Dafür werde ich zwei Beispiele bringen. Die MLPD war mit einem großen personellen und technischen Aufwand (Lautsprecherwagen usw.) vertreten. Ihre Propaganda ging vor allem in zwei Richtungen:  
 1) "Kämpfen wie bei Opel" und  
 2) "Kein Boykott von Nokia-Handys".  
 Am Freitag nach dem Solidaritätstag war ich etwa eine Stunde lang bei der seit zwei Tagen existierenden Mahnwache. Ich habe mich mit einigen Nokia-Beschäftigten unterhalten und werde nun versuchen, ihre Position wiederzugeben:



dieser Argwohn ist ja auch nicht immer von der Hand zu weisen. Dafür werde ich zwei Beispiele bringen. Die MLPD war mit einem großen personellen und technischen Aufwand (Lautsprecherwagen usw.) vertreten. Ihre Propaganda ging vor allem in zwei Richtungen:

- 1) "Kämpfen wie bei Opel" und
- 2) "Kein Boykott von Nokia-Handys".

Am Freitag nach dem Solidaritätstag war ich etwa eine Stunde lang bei der seit zwei Tagen existierenden Mahnwache. Ich habe mich mit einigen Nokia-Beschäftigten unterhalten und werde nun versuchen, ihre Position wiederzugeben:



Sie können nur "wild" streiken. Nokia hat ihrer Meinung nach von Anfang an mit einem "wilden" Streik gerechnet und vorsorglich schon einige Bochum-Aufträge an andere Standorte (Ungarn) vergeben. Diese Aufträge haben die Nokia-Beschäftigten wieder nach Bochum zurückgeholt. Bisher hat (außer Zeitarbeitern) kein Nokia-Beschäftigter eine schriftliche Kündigung erhalten, die erwarten sie - wenn ich das richtig mitbekommen habe - zum 28. Februar. Wenn sie "wild" streiken, bekommen sie kein Geld und Nokia, so erwarten sie, macht dann den Betrieb sofort dicht und gibt die Aufträge woanders hin. Die Nokia-Beschäftigten setzen z.Z. ihr Hauptaugenmerk darauf, daß Nokia einen Image-Schaden vermeiden will, behalten sich aber andere Maßnahmen - auch einen "wilden" Streik - auf jeden Fall vor.

"Wie bei Opel" können sie nicht kämpfen, weil z.B.

bei Opel das Stilllegen eines Bandes gleich ganze Teile des Betriebes mit betrifft, das sei bei Nokia so nicht möglich. Der Streik bei Opel Bochum führte zum Arbeitsstillstand z.B. bei Opel Rüsselsheim, aber auch in England. Das ist bei den Nokia-Handys nicht möglich. Trotzdem behalten die Nokianer sich den Aufruf zum Boykott von Nokia-Produkten für die Zukunft durchaus vor, eine entsprechende Begräbnisstätte hatten sie neben der Mahnwache schon eingerichtet.

Die beiden Hauptstoßrichtungen der MLPD gehen also genau in die entgegengesetzte Richtung - sie wurden über die Lautsprecheranlage auch lauthals in die Gegend verkündet. Als Außenstehendem fällt es mir natürlich schwer, den Nokia-Beschäftigten zu sagen, wie sie kämpfen sollen, und ihre Argumente erscheinen mir zumindest im ersten Augenblick ganz plausibel. Sie haben mir versichert, daß sie keine Kampfmaßnahme von vorn herein ausschließen. In diesem Sinne ist ja auch unser Flugblatt abgefaßt.

Das Verhalten der MLPD hat es sicherlich uns und anderen "K-Gruppen" nicht leichter gemacht, unsere bzw. ihre Flugblätter zu verteilen. Schon während der

Demonstration am Dienstag sah ich viele weggeworfene Flugblätter. Am Freitag lagen sie immer noch herum, ich habe auf dem Weg zur Mahnwache mal etwas genauer darauf geachtet: die absolut meisten waren von der MLPD.

Noch etwas zur DKP: von ihr tauchten, als ich an der Mahnwache war, zwei Personen auf, einer mit Foto-Apparat, der andere mit einem dicken Stapel UZ. Davon durfte er einen Teil im Zelt auslegen, den anderen behielt er optisch wirksam im Arm und interviewte so einen Nokia-Teilnehmer der Mahnwache, während der andere DKP-Mensch fleißig auf den Auslöser seiner Knipskiste drückte. Ein anderer Nokia-Mahnwächter blätterte kurz die UZ durch, um zu kontrollieren, was sie da auslegen ließen, und wurde dabei prompt ebenfalls photographiert. Das ist der Journalismus, wie ich ihn liebe...



Bei den Gesprächen mit Nokia-Beschäftigten habe ich von ihrem Kampfwillen und ihrer Einstellung einen positiven Eindruck gewonnen. Die Solidarität war groß, es übernahmen z.B. auch ehemalige Nokia-Beschäftigte die Mahnwache, um ihre jetzigen Kollegen zu unterstützen. Es wurden verschiedenste Kampfmöglichkeiten diskutiert, so eine mögliche Betriebsbesetzung; andere brachten den Vorschlag, die Manager rauszuschmeißen und den Betrieb in eigener Regie weiterzuführen. Ich weiß nicht, wie es in den Betriebsversammlungen hergegangen ist, denn zu denen hatte ich natürlich keinen Zugang. denen hatte ich natürlich keinen Zugang. Ich stelle mir aber vor, daß die IG-Metall-Führung solchen Vorschlägen

gegenüber sicherlich sehr aufgeschlossen gewesen ist... Oder etwa nicht?

Für die Arbeiter in Rumänien hatten die Bochumer Nokianer übrigens volles Verständnis - sie hatten im (bürgerlichen!) Fernsehen Berichte über deren Lebenslage gesehen und waren entsetzt. Irgendwelche politischen Kräfte mit Behauptungen wie "Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg" hätten nicht die geringste Chance gehabt, die internationale Solidarität war in dieser Beziehung vorhanden. **"Unser Feind sind nicht die Finnen und Rumänen, sondern DAS KAPITAL"**

Später habe ich mit anderen Genossinnen und Genossen am 10. Februar (einem Sonntag!) an der Menschenkette teilgenommen. Sie war beeindruckend, doch muß man realistisch bleiben: obwohl es ein für die meisten ein arbeitsfreier Tag war, kamen insgesamt nach offiziellen Angaben nur etwa 6.000 Menschen - am "Arbeitstag" 22. Januar (Dienstag) waren es noch mehr als 15.000 gewesen - wo sind sie alle geblieben? Genossen in Duisburg bezeichneten, als ich sie auf den bevorstehenden Termin der Menschenkette hinwies, die Bochumer Nokianer als "Weicheier", weil sie weiterarbeiteten, statt zu streiken. Mein Hinweis auf den Unterschied zwischen den Kampfbedingungen bei Opel und denen bei Nokia in Bochum bewirkte immerhin, daß sie einräumten, so ein "Stahlwerk" sei schwerer zu schließen als ein Betrieb, der Handys herstellt.

Diese etwas verächtliche Einschätzung der Nokianer habe ich übrigens leider auch woanders angetroffen. In den Gesprächen habe ich selber in Bochum aber nur positive Eindrücke von der Kampfbereitschaft der Nokianer bekommen. Die Menschenkette am Sonntag war noch einmal ein letztes Aufflackern, am Dienstag holten sich dann die Betriebsratsvertretung in Finnland die endgültige Absage. Am Mittwoch war ich dann noch einmal bei der Mahnwache, um zu sehen, ob sie nach diesem nicht unerwarteten Tiefschlag überhaupt noch steht. Nun, sie stand noch, aber außer fünf oder sechs Mahnwächterinnen und -Wächtern war ich (zumindest zu dieser Zeit) der einzige Besucher. Der Kampf, der eigentlich nie richtig geführt worden war, war verloren. "Wir werden es ihnen nicht leicht machen," sagte eine der Frauen. Ich fragte, was das heißen solle. "Das heißt gar nichts," antwortete einer der Männer resigniert, aber realistisch. Aber auch jetzt noch kamen positive Signale: "Die Arbeiter in Deutschland haben kein Rückgrat", hieß es; ein anderer meinte, sie hätten kein Rückgrat mehr, was mir schon besser gefiel, weil es ja beinhaltet, daß sie das Rückgrat mal hatten - woraus sich die Frage ergibt:

wieso ist es nicht mehr da? Und auf die Frage kann man eine Antwort finden...

Ein Nokianer wies darauf hin, daß "so etwas" in Italien oder Frankreich nicht möglich wäre, "da hätten die Kollegen den Betrieb abgefackelt." Von den anderen kam Zustimmung. Ich denke an meine Arbeit in der Friedensbewegung - da hätte eine solche Bemerkung zu einem Aufschrei des Entsetzens geführt. Hier nicht! Diese Nokianer bedauerten auch ihre Leichtgläubigkeit: in den letzten Wochen waren immer wieder zahlreiche beladene Paletten vom Werksgelände gebracht worden. Sie argwöhnten schon damals - ich denke, zu Recht - daß bereits Fabrikationsteile hinter dem Rücken der Belegschaft ausgelagert wurden. Bei ihren diesbezüglichen Nachfragen wurde ihnen gesagt, beladene Paletten würden doch jeden Tag rausgefahren. "Ja schon - aber so viele?" Damit ließen sie sich leider abspeisen...

Abschließend möchte ich noch sagen: ich bin gerne in Bochum gewesen, leider sind wir so ohnmächtig, nicht nur unsere Partei. Kann man das nicht ändern? M.

**KOLLEGIN ! KOLLEGE !  
UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI,  
DIE KPD/ML !  
UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN  
AUFBAU DEINER ZEITUNG  
ROTER STERN  
SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM  
KAPITALISMUS,  
ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM  
ARBEITSPLATZ,  
ÜBER DEINE ERFahrungen  
MIT DER WOHNUNGSNOT,  
MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,  
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

\* \* \* \* \*

**KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !  
ROTER STERN  
IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN  
, SONDERN  
EINE ZEITUNG VON UND FÜR  
WERKTÄTIGE !**

## Kommentar:

# Nokia... 8, 9, 10 - Aus!

Der Kampf, der eigentlich nie richtig stattgefunden hat, ist vorbei und verloren. Die Belegschaft erhält ihre Abfindung und angeblich ist jeder einverstanden damit. Doch wer das schon einmal mitgemacht hat, weiß, wie schnell das scheinbar viele Geld weg ist, wie z.B. die 50.000 €, die Siemens mal als Abfindung zahlte - so lange davon noch etwas da ist, gibt es nämlich keine anderen Gelder.

Zur Menschenkette am Sonntag kurz vor Ende des Kampfes kamen 6.000 Menschen. Berücksichtigt man, da die Zahl der Nokia-Beschäftigten bei 2300 liegt und viele von ihnen Familie haben, dann sind an diesem Tag nicht einmal alle Nokianer gekommen. Heißt das, daß sienichtkämpfen wollten? Das denken wir nicht, denn etwa 3 Wochen vorher waren zum Solidaritätstag mehr als 15.000 Menschen gekommen - an einem Arbeitstag! Nehmen wir nur die reinen Zahlen, so heißt das, daß zur Menschenkette 9.000 Menschen nicht mehr gekommen sind. Warum nicht? Für uns ist die Antwort klar: sie hatten aufgegeben. Die Art, wie IG Metall und Betriebsrat den "Kampf" führten, hatte sie resignieren lassen. In der Belegschaft war durchaus Kampfbereitschaft vorhanden - es wurde z.B. ein spontaner Bummelstreik durchgeführt, es wurde über eine Betriebsbesetzung in Form einer permanenten Betriebsversammlung gesprochen und darüber, die Manager rauszuschmeißen und selber weiterzuproduzieren. Doch das lag nicht auf der Linie der "Kampfführung". Die Argumente gegen einen Streik hatte ihr die MLPD mit ihrer wortradikalen Forderung "Kämpfen wie bei Opel" quasi auf dem silbernen Tablett serviert. Diese Forderung ließ sich leicht als falsch widerlegen. IG Metall und Betriebsrat gingen nun aber nicht daran, andere Streikformen zu organisieren oder die Vorschläge der Kolleginnen und Kollegen aufzugreifen. Ihr Konzept hatte zwei Schwerpunkte: 1) Wir zeigen denen in Finnland, wie wir hier arbeiten können - das wird sie sicher beeindruckten.

2) Wir schlagen ihnen ein Konzept vor, mit dem sie aus den Bochumer Beschäftigten noch mehr Profit herausquetschen können.

Das bewirkte, daß sich die Nokianer auf Appelle an die Moral der finnischen Wölfe beschränkten.

Außerdem wurde gleich zu Beginn des Kampfes die Spaltung in die Belegschaft hineingetragen. Es hieß, von den 2.300 Arbeitsplätzen könnten wahrscheinlich

300 erhalten werden. Da machte sich so mancher Hoffnungen, wenn er sich brav verhalten würde. Doch das haben die Nokianer in Bochum schon einmal mitgemacht: Im Jahr 2000 strukturierte Nokia das modernste Fernsehwerk in Europa, GRAETZ/ITT/Schaub Lorenz um und entließ mehr als 1000 Beschäftigte - behalten wurden überwiegend Beschäftigte unter 40 Jahren auf angeblich sicheren Arbeitsplätzen.

Die Position der Nokianer wäre viel besser gewesen, wenn sie gewußt hätten: Die Beschäftigten im Nokia-Werk in Ungarn werden sich weigern, aus Bochum als Folge unseres Streiks umgeleitete Aufträge auszuführen. In der Vergangenheit hat es Beispiele für eine solche internationale Solidarität der Arbeiter gegeben. Als z.B. die englischen Hafentarbeiter streikten, wurden die für England bestimmten Schiffe in andere europäischen Häfen zum Löschen der Ladung umdirigiert, doch dort weigerten sich Hafentarbeiter aus Solidarität mit ihren englischen Kollegen.

In dieser Hinsicht ist seit Jahren nichts von den Gewerkschaften geschehen. Als jetzt bei der Betriebsräte-Versammlung in Brüssel ein zaghafter Vorstoß in diese Richtung gemacht wurde, war es natürlich viel zu spät.

Für das Scheitern des Kampfes um Nokia Bochum gibt es u. E. zwei Hauptgründe: der Kampf wurde von IG Metall und Betriebsrat falsch geführt und es gab und gibt keine politische Kraft in Deutschland, die dem erfolgreich entgegengetreten kann. Für keinen der beiden Gründe sind die Nokia-Beschäftigten verantwortlich.

Wir ziehen für uns daraus die Schlußfolgerung, daß wir alle Kräfte in die Schaffung einer politischen Kraft stehen müssen, die in der Lage ist, einer opportunistischen und reformistischen Gewerkschaftsführung entgegenzutreten.

Die linken, die sich kommunistisch verstehenden Kräfte sind gespalten. Allein am Solidaritätstag wurde den Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmern alle paar Meter ein Flugblatt einer anderen Organisation angeboten. Wir haben mindestens 12 verschiedene Organisationen gezählt - wiewußt das auf die Belegschaft wirken?

"Werdet Euch erst einmal selbst einig!" Ein Auftrag der Arbeiterklasse, den wir immer wieder hören und den wir endlich beherzigen sollten!

## Zur Einheit der Kommunisten

In den letzten etwa zwei Jahren haben erfreulicherweise viele linke bzw. kommunistische Personen und Organisationen verstärkt die Notwendigkeit der Einheit erkannt und Gespräche darüber begonnen. Auch unsere Partei nimmt an verschiedenen Gesprächsrunden zu diesem Thema teil und wird das natürlich auch weiterhin tun.

Die KPD (Bolschewiki) hat in der März-Ausgabe ihrer Zeitung "Trotz alledem" ebenfalls zur Frage der Einheit Stellung genommen. Sie nennt hier Kriterien, die unserer Meinung nach nicht zu Vorbedingungen für eine Vereinigung gemacht werden dürfen. Auch halten wir den vorgeschlagenen Weg für falsch.

### Erst Klarheit, dann Einheit!

Diese Forderung halten wir für richtig. Doch worin soll die Klarheit bestehen? Die KPD (B) macht zur Voraussetzung, daß Länder wie die VR China, Cuba, die DDR usw. als sozialistisch anerkannt werden - ohne das sei eine Einheit nicht möglich. Unter diesem Vorzeichen strebt sie einen Sozialismus an, wie er in der DDR ihrer Meinung nach war - allerdings ohne seine "Fehler".

Hierzu dreierlei:

Zum einen sind wir in diesem Punkt anderer Meinung, es könnte also nie zu einer (von der Arbeiterklasse immer wieder geforderten!) Vereinigung kommen.

Desweiteren gehen wir davon aus, daß nach einer erfolgreichen Revolution die Arbeiter unter der Führung ihrer Partei selbst den Sozialismus nach eigenen Vorstellungen gestalten werden - sich jetzt schon in dieser Beziehung festzulegen und das gar zur Grundbedingung für eine eventuelle Vereinigung zu machen ist unseres Erachtens ein Sichkümmeren um die berühmten ungelegten Eier. Oder: das Fell des Bären wird verteilt, bevor...na, und so weiter.

Drittens halten wir es für falsch, die "Klarheit" in einem Punkt wie diesem zur Voraus-Bedingung zu machen. Wir möchten darauf, ob, wann und wie lange die DDR sozialistisch war oder nicht, hier jetzt nicht eingehen - das kann und muß in Gesprächen oder Artikeln mit einander geklärt werden. Nicht in diesem Punkt (oder einem ähnlichen) muß Klarheit bestehe, sondern z.B. in der Frage: Wie muß der Kampf um Nokia geführt werden? Wir sind überzeugt: Wenn die KPD (B), wir und andere Kräfte in dieser Frage gemeinsam Klarheit haben, dann ergibt sich die Einheit im gemeinsamen Kampf beinahe von selbst.

Man stelle sich einmal folgendes vor: Wir sagen den Beschäftigten von Nokia: "Leider können wir Euch im Kampf noch nicht helfen, wir müssen uns erst darüber einig werden, ob die DDR 1957 sozialistisch war oder nicht." Wir denken, jeder Nokia-Beschäftigte würde sich dann gegen die Stirn tippen und sagen: "Na, auf solche wie Euch haben wir gerade noch gewartet!"

Noch etwas: das hier zur Vorbedingung gemachte Problem ist nur eines von tausenden und abertausenden Themen der Vergangenheit (!), über die die Genossinnen und Genossen in einer Organisation, erst recht in verschiedenen Organisationen unterschiedlicher Meinung sein können. Ist das eine Thema geklärt, wird flugs ein anderes zur Vorbedingung gemacht. Da können also beliebig viele Themen genommen werden. Daß diese Befürchtung realistisch ist, zeigt die Erfahrung. Wir ken-

nen zahlreiche Intellektuelle, die allein bei dieser Vorstellung begeistert aufjubeln würden - ergibt sich doch für sie ein unendliches Feld von Diskussionsmöglichkeiten, für Besserwisseri und Spaltung! So werden wir eine Einheit nie erreichen. Wichtiger als die Klarheit in Fragen der Vergangenheit (die man natürlich anstreben, die man aber nicht zur Voraussetzung machen sollte) **ist die Klarheit in Fragen des aktuellen Klassenkampfes!**

Die Marxisten-Leninisten, die Kommunisten in Deutschland sind nicht die ersten, denen sich das Problem stellt, wie man die Einheit erreichen kann. Wir sind der Meinung, daß man aus den positiven und negativen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung lernen sollte, dann wären wenigstens auch Niederlagen nicht umsonst gewesen. Und damit kommen wir zum dritten Punkt. Unseres Erachtens kann die Einheit nicht an einem grünen, roten, runden oder sonst wie gearteten Tisch erreicht werden, sondern nur im aktuellen Kampf. Wie ist die Einheit im zaristischen Rußland erreicht worden, "als die Nacht verging"? Wie haben sich die unabhängig voneinander entstandenen kommunistischen Gruppen in Albanien geeinigt - im Kampf gegen die italienischen bzw. deutschen Faschisten und die albanische Reaktion? Es gibt zahlreiche weitere Beispiele. Ein Beispiel aus der Gegenwart: der Kampf gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und seine Vorbereitung hat im Bündnis "g8versenken" mehrere Organisationen, die sich vorher fremd waren oder sich sogar voller Mißtrauen und Ablehnung gegenüberstanden, freundschaftlich zusammen gebracht (ein bißchen hat dazu auch das Vorgehen der Polizei beim G8-Gipfel beigetragen... - wir hoffen, das versteht jetzt niemand falsch). Das Bündnis hat sich jetzt den Namen "Antiimperialistische Aktion" gegeben, auch unter seinen Mitgliedern wird jetzt über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Kommunisten zu einer starken Partei gesprochen. Früher waren wir z.T. verfeindet, jetzt sind wir zumindest befreundet - der gemeinsame Kampf hat uns einander näher gebracht. Zum Abschluß, wie wir schon früher in einem Brief an mehrere Organisationen geschrieben haben: Wir sind zu einem Zusammengehen, zu einer Vereinigung bereit mit allen denjenigen, die

- den Marxismus-Leninismus für die Arbeiterklasse einsetzen (das beinhaltet den Kampf gegen den Revisionismus)

- sich dabei auf die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin berufen. (Wir zählen zu den "Klassikern" auch Enver Hoxha, doch darüber kann man dann "später" miteinander reden.)

- die die Diktatur des Proletariats als notwendige Herrschaftsform anstreben (dabei legen wir die von Marx und Engels gegebene Definition des Proletariats zu Grunde.)

- die, um das zu erreichen, die Vorbereitung auf die bewaffnete Revolution für notwendig erachten (ob wirklich geschossen wird, entscheidet dann die Bourgeoisie, aber die Arbeiterklasse muß sich den Kapitalisten in ihrer ganzen Stärke, also auch der militärischen, zeigen - das ist unseres Erachtens die einzige Möglichkeit für einen friedlichen Übergang.)



www.arbeit-zukunft.de

“**Arbeit und Zukunft**“, Zeitung der Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. 18. März 2008

## Milliarden-“Sozialhilfe“ für die Großbanken

Das kapitalistische System wackelt und kriselt. Seit Monaten häufen sich die Nachrichten über faule Kredite, hunderte Milliarden Verluste und Abschreibungen bei den Banken und Investment-fonds.

“Welt-Online“ meldete am 17.3.08: “Börsianer sind mit ihrem Latein am Ende“. Durch Kursverluste an den Börsen wurden seit Beginn der Krise im August 2007 über 6124 Milliarden Euro (also über 6 Billionen Euro, das sind rund 10 Billionen US-Dollar) vernichtet. Kevin Gardiner, Stratege bei der Großbank HSBC in London sagte laut Welt-Online: “Dieses Mal wird sich das Vertrauen in die freien Märkte nicht so schnell wiederherstellen lassen“.

Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann sagte bei einer Podiumsdiskussion im Schweizer Generalkonsulat in Frankfurt, die Versorgung der Märkte mit Liquidität reiche als Maßnahme nicht aus. Die Regierungen müssten Einfluss auf die Märkte nehmen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Politik, Bundesbank, den Bankenverbänden und Bankeninstituten. Es ist grotesk, die gleichen Leute, die jahrelang im Interesse wachsender Profite nach weniger Staat schrieten, die alles privatisieren wollen, die Haschkampagnen gegen eine “staatliche Regulierung“ beim Mindestlohn fahren, fordern auf einmal mehr Staat und staatliches eingreifen, um ihre Profite zu retten und/oder ihre Verluste auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Ja! Die Gewinne sollen privatisiert werden, für den Schaden hat die Gesellschaft aufzukommen.

Bereits in den zurückliegenden Monaten hat diese “Arbeitsteilung“ zwischen dem Finanzkapital der Banken und dem Staat hervorragend funktioniert. Wann immer in Deutschland eine Bank ins Wanken geriet, hat der deutsche Staat dieser Milliarden Euro “Sozialhilfe“ gegeben.

So übernahm die Staatsbank KfW bei der angeschlagenen Industrie Kreditbank (IKB) eine Kreditlinie über 8,1 Milliarden Euro, die zuvor von der Deutschen Bank gekündigt worden war, weil die IKB

so marode war, dass die Deutsche Bank ihr Geld in Sicherheit bringen wollte. Der Staat und damit die Gesellschaft sollte das Risiko tragen. Dazu kam eine staatliche Garantie für Verluste in Höhe von 1 Milliarden Euro, eine weitere “Risikoabschirmung“ von 3,5 Milliarden Euro und Anfang 2008 erneut 2,3 Milliarden Euro, die überwiegend vom Staat aufgebracht wurden.

Bei der West-LB, die knapp an der Pleite vorbei schrammte, summierten sich die Verluste Anfang 2008 auf über 2 Milliarden Euro. Staatliche Institutionen übernahmen dafür die Haftung und sicherten im Februar weitere 3 Milliarden Euro “Abschirmung“ zu.

Bei der Sachsen-LB stellte die öffentliche Sparkassenorganisation im August 2007 eine Kreditlinie von 17,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Die staatliche Landesbank Baden-Württemberg übernahm den Pleitekandidaten. Ende 2007 wurden erneut 2,75 Milliarden Euro staatliche Bürgschaften notwendig.

Dies sind nur einige Beispiele, wie viel Geld der Staat hat, wenn es um die Profite der Banken, des Finanzkapitals geht. Der gleiche Staat hat kein Geld für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, für ein angemessenes Arbeitslosengeld II, für Bildung und Ausbildung, für die Streichung der Studiengebühren, für Gesundheit, für höhere Renten... Da ist die Staatskasse angeblich immer leer.

Auch die jetzige Krise zeigt den Bankrott nicht nur einzelner Banken, sondern des ganzen kapitalistischen Systems. In seinem Niedergang will es die Menschen noch mitreißen. Die Arbeiter, Angestellten, Rentner, Bauern und ihre Familien sollen die Krise bezahlen.

Da wäre es doch besser, dieses System abzuschaffen und die Banken und Produktionsmittel, die sowieso bei jeder Krise mit Milliarden gesellschaftlichen Mitteln gestützt werden müssen, gleich in den Besitz der Gesellschaft zu überführen und die Wirtschaft in die Hand der Gesellschaft zu legen.

# Was haben die “Reformen” von “Rot-Grün” und “Schwarz-Rot” erreicht?

Laut Statistischem Amt der EU (Eurostat) der Vergleich unter den Alt-EU-Ländern 2000/2006:

## Da lacht der Kapitalist:

- ☺ Beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt vom 9. auf den 11. Platz unter 15 Ländern
- ☺ Beim nominalen Pro-Kopf-Arbeitseinkommen pro Arbeitnehmer vom 2. auf den 7. Platz unter 15 Ländern.
- ☺ Beim Pro-Kopf-Verbrauch privater Haushalte vom 5. auf den 8. Platz unter 14 Ländern.
- ☺ Beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an der aktiven Bevölkerung vom 12. auf den 11. Platz unter 13 Ländern

(jeweils 2. Quartal 00 bzw. 07)

## Der Globalisierungswahnsinn der Großen Koalition

Die Bundesregierung behauptet, dass die Globalisierung vorteilhaft wäre für die deutsche Volkswirtschaft. Zwei Hinweise darauf, dass das nicht stimmt:

- Ersten: Der Außenbeitrag (Export minus Import) zum deutschen Bruttoinlandsprodukt ist zwar gestiegen, liegt aber nur etwas über 5 %. Das heißt drastisch formuliert: Der Schwanz des Außenhandels wedelt mit dem Hund der deutschen Volkswirtschaft und schädigt über die eingeforderte Lohndisziplin die viel wichtigere Binnenkonjunktur erheblich.
- Zweitens: Die Verteidiger einer neoliberalen Einfuhrpolitik gegenüber den Schwellen- oder Tigerländern argumentieren mit zwei Argumenten: einerseits den enormen Chancen für den deutschen Export gerade in diesen Ländern und andererseits mit dem Vorteil billiger Importe für die deutschen Verbraucher. Da hat sich in vielen deutschen Köpfen festgesetzt, jeder Chinese könnte eine

Magnetschwebebahn oder mindestens ein deutsches Auto kaufen. Tatsächlich verkauft Deutschland in den meisten Tigerländern weit weniger, als es von dort importiert.

Ebenso verzeichnet Deutschland im Handel mit allen Tigerländern in Ost- und Südostasien regelmäßig erhebliche Defizite. Zwischen 2000 und 2006 schwollen die Importe aus diesen Ländern um 75 % an, und damit etwa dreimal stärker als der deutsche Import aus allen anderen Ländern (ohne Landwirtschaftsprodukte, Rohstoffen und Energie).

Der immer wieder behauptete Vorteil der Globalisierung durch billige Waren für die Verbraucher ist von sehr zweifelhafter Natur. Denn die Nachfrage der Schwellenländer auf den Weltmärkten für Öl, mineralische Rohstoffe und Nahrungsmittel treibt nun immer mehr das Preisniveau in den alten Industrieländern hoch. I

n ihrem Monatsbericht vom Oktober 2007 verweist die Bundesbank auf eine OECD-Studie, wonach sich unter Berücksichtigung der preistreibenden sowie der preisdämpfenden Effekte der Globalisierung der Nettoeffekt auf die Verbraucherpreise für die OECD-Länder zwischen 1995 und 2005 in einer Größenordnung von nur 0 bis -0,25 Prozentpunkten pro Jahr bewegt haben könnte. Das war so gut wie nichts, und die eigentlichen Preissteigerungen haben erst seit 2005 begonnen und werden immer mehr.

Der Kapitalismus der USA und Europas kann den ökonomischen Wettbewerb um die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung gegenüber China, Indien, den “Tigerstaaten” und anderen Schwellenländern nicht gewinnen. Es ist für die Kapitalisten sehr schwierig, die Löhne auf chinesisches oder indisches Niveau herunterzudrücken. Deshalb spricht der Führer der alten kapitalistischen Welt Bush schon von der “Notwendigkeit eines Dritten Weltkriegs”.

Wir, die arbeitende Bevölkerung, haben weder von den alten Kapitalisten Europas und der USA noch von den neuen Kapitalisten Asiens etwas zu erwarten.

Deshalb brauchen wir eine starke Arbeiterkampfpartei, die diesem grausamen Spiel ein Ende macht und ein System aufbaut, das zum Wohle der Arbeitervolk und der ganzen Bevölkerung beiträgt und nicht den Interessen der kapitalistischen Finanzheuschrecken dient.

## Zum Vorwurf “KPD/ML unterschreibt alles!”

Das war sinngemäß der Inhalt eines der Kritikpunkte, die eine andere, sich marxistisch-leninistisch verstehende Organisation zur Politik unserer Partei äußerte. Da dahinter stehenden Vorstellungen unserer Meinung nach auch bei Verhandlungen anderer Organisationen über Aktionseinheiten oder gemeinsam zu unterzeichnende Aufrufe eine Rolle spielen, möchten wir auf diesen Kritikpunkt hier eingehen.

Selbstverständlich unterschreibt die KPD/ML nicht “alles”. Um klarzustellen, von welchen Überlegungen bzw. Maßstäben wir uns dabei leiten lassen, möchten wir einen Bericht wiedergeben, den uns ein Lehrernach den Schülerprotesten gegen den zweiten Überfall der Imperialisten auf den Irak gab, zumal in diesem Bericht auch vom Verhalten eines Genossen die Rede ist.

“Auch an meiner Schule planten die Schülerinnen und Schüler eine Protestdemonstration und -kundgebung. Ich hatte eine Oberstufenklasse mit 30 Beteiligten. Sie wollten sich nicht einfach anderen Aktivitäten anschließen, sondern etwas Eigenes machen, ein eigenes Flugblatt. Der gemeinsame Text wurde während meiner Unterrichtsstunde diskutiert und - da sich ein Computer mit Drucker im Klassenraum befanden - auch gleich eingetippt. Als der Entwurf fertig war, verließ ich den Raum, um die Schülerinnen und Schüler ohne meine Beeinflussung abstimmen zu lassen. Das Ergebnis war eindeutig: alle waren für den Text. Er wurde ausgedruckt und meine Jugendlichen machten sich damit auf den Weg zu anderen Klassen. Es unterzeichneten auch noch fünf weitere Klassen. Danach wurden in der weiteren Unterrichtszeit von den Schülerinnen und Schülern Plakate usw. entworfen und angefertigt, die sie bei der Demonstration tragen wollte.

Am Abend dieses Tages traf sich die Hälfte der Klasse bei mir zu Hause zu einem spontanen Klassentreffen, um das Layout und den Druck des Flugblattes zu bewerkstelligen. Wir hatten die Schulleitung nicht um Erlaubnis gefragt, deshalb machten wir auch alle selbst, um irgendwelchen “Dienstweg”-Vorwürfen zu entgehen. Nach der Demonstration hängten wir die Plakate dann, ebenfalls ohne zu fragen, außen am Schulgebäude auf-

ich schloß den Schülerinnen und Schülern dazu die fremden Klassenzimmer auf.

Ich schildere das jetzt so ausführlich, um klar zu machen, daß die Jugendlichen auf Grund meines Verhaltens an mich bestimmte Erwartungen hatten. Am nächsten Tag kam einer der Schüler zu mir und bat mich, eine Unterschriftenliste gegen den Krieg in der Klasse herumzugeben. Diese Liste stammte von der Handelsschulklasse seines Bruders - dort wollten die Jugendlichen auch selber aktiv werden und hatten diese Sammlung beschlossen. Ich sagte dem Schüler, daß ich das als Lehrer nicht machen könne, daß er aber die Liste herumgeben könne, daß er danach auch in andere Klassen gehen könne, daß ich selbstverständlich unterschreiben würde und auch im Lehrerkollegium und bei anderen Gelegenheiten Unterschriften sammeln würde.

Ich kenne - genau wie ihr - aus zahlreichen Gesprächen das “Argument” vieler Menschen: “Ach, das bringt ja doch nichts, die da oben machen doch, was sie wollen!” Wenn nur die Hälfte der so Redenden etwas tun würde, dann... Na ja, diesen Schritt hatten die Schülerinnen und Schüler dieser Handelsschulklasse hinter sich, sie wollten etwas machen! Das freute mich natürlich und ich meinerseits wollte, daß sie möglichst viel Erfolg haben sollten, um den Mut nicht zu verlieren.

Ich nahm die Unterschriftenliste auch mit zur nächsten Donnerstags-Demonstration in Gelsenkirchen. Am Stand hatten sie aber schon eine andere, eigene Liste, weshalb ich “meine” Liste nach der Kundgebung den Leuten vorlegte, mit denen ich noch zusammensaß, nachdem ich ihnen all das erzählt hatte, was ich Euch hier berichtet habe. Es unterschrieben auch alle-bis auf einen Genossen. Der sagte: ‘Den Satz kann ich nicht unterschreiben!’ Ja, der Text bestand nämlich nur aus einem Satz, und der lautete: ‘Wir wollen keinen Krieg!’

Diesen Satz konnte der Genosse nicht unterschreiben... Und tatsächlich, wenn man ihn als Schriftgelehrter betrachtet, dann hat jede Genossin, jeder Genosse mit seiner Unterschrift unter diesen Satz ausgesagt, er sei gegen den revolutionären Befreiungskrieg! Was er natürlich nicht ist. Ich frage

revolutionären Befreiungskrieg! Was er natürlich nicht ist. Ich frage mich aber: wer in aller Welt hätte die Unterschrift unter diesen Satz in einer solchen konkreten Situation wie dem drohenden Überfall auf den Irak so aufgefaßt? Außerdem, ich bin überzeugt, ich hätte bei meinen Schülerinnen und Schülern nicht das geringste Verständnis bekommen, wenn ich mich geweigert hätte, diesen Satz zu unterschreiben und aus solch wortklauberischen Gründen die Aktion der Handelsschulklasse nicht unterstützt hätte - ich halte das nicht für Opportunismus, sondern finde, daß der erwähnte Genosse sich falsch verhalten hat."

Wir stimmen dieser Auffassung zu. Wir haben diesen Bericht gebracht, weil er ziemlich gut die Kriterien widerspiegelt, von denen sich unsere Partei leiten läßt, wenn es darum geht, ob wir einen Text mitunterzeichnen oder nicht. Es geht dabei auch um die Frage, ob ein gemeinsames Auftreten bzw. Inerscheinungtreten nicht das Inkaufnehmen einiger Textunebenheiten oder auch -fehler rechtfertigt.

Noch ein anderer Gesichtspunkt, und der ist u.E viel wichtiger: Der oben erwähnte "Verweigerer"-Genosse war offenbarnur nur bereit, Texte zu unterschreiben, wenn sie vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus völlig korrekt waren. Aber wie sieht die Wirklichkeit in Deutschland denn aus? Wie wenige Menschen können das? Welche Kenntnisse im Marxismus-Leninismus erhalten denn unsere Jugendlichen in ihrer Ausbildung? Das ist eine rein rhetorische Frage, denn die Antwort kennt jeder. Wie sollen sie dann einen korrekten Text schreiben? Was ist mit den Flugblättern, den Presse-Mitteilungen usw. der kämpfenden Beschäftigten eines Betriebes? Welcher Siemens-, Nokia- usw. -arbeiter kennt sich im Marxismus aus? Wenn ich da nur bereit bin, einen Aufruf zu unterstützen, wenn er keine Fehler enthält - dann kann ich ja beinahe gar nichts unterstützen, was die Arbeiter machen, denn überall werden irgendwelche Illusionen, irgendwelche Flausen sichtbar...

Die "Verstaatlichung der Stahlindustrie" forderte vor rund 20 Jahren die Belegschaft von Krupp-Rheinhausen. Was sie wollte, war die Entmachtung der Stahlbarone, eine völlig richtige Forderung. Was sie formulierten, war aber falsch, sie hatten (haben leider immer noch) falsche Vorstellungen über den Staat. Was jetzt machen mit dieser "falschen" Parole? Sich als Besserwisser auf das hohe Roß setzen und sie nicht unterstützen, obwohl sie das Richtige erreichen möchte?

Wenn wir so vorgehen würden, würde das unserer Meinung nach bedeuten, daß eine kommunistische

Partei als überflüssig wird. Stalin hat die Kommunistische Partei verstanden als Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung. Die Arbeiter lernen schnell, vor allem im Kampf, dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Aber sie kommen nicht spontan zu den marxistisch-leninistischen richtigen Lösungen oder nur nach langer Zeit und unter ungeheuren Opfern. Um dem entgegenzutreten, muß die Avantgarde des Proletariats, müssen die Fortgeschrittensten der Arbeiterklasse als kommunistische Partei organisiert werden. Intellektuelle Kleinbürger, die ihre Klasse verraten, wie es z.B. Marx, Engels, Lenin, Stalin und Enver Hoxha getan haben, sind willkommen. Aber ihre Klasse müssen sie schon verraten, mit (klein-)bürgerlichen Marxisten-Leninisten hat die Arbeiterklasse ihre üblen Erfahrungen gemacht, die haben hunderte Millionen Menschen mit der Freiheit und dem Leben bezahlt.

So, wir hoffen, wir konnten klar machen, wovon wir uns bei Unterschriften, Aktionseinheiten u. Ä. leiten lassen. Natürlich kann es auch sein, daß wir uns in einzelnen Fällen da mal haben in die Irre leiten lassen. Uns ist aber außer einer vorschnellen Sympathieerklärung nach dem Machtantritt des jetzigen Regimes in Äthiopien kein Fall bekannt. Trotzdem bitten wir ggf. um Kritik, nur solidarisch, vorantreibend sollte sie sein. Sie sollte ein Beleg für die Suche nach dem Gemeinsamen sein und nicht nach dem Trennenden.

## **Abonnement:**

**Entsprechend den derzeitigen  
Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht,  
jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen.**

**Wer**

**ROTER STERN**

**abonnieren möchte, kann das tun:  
Bitte, überweist den  
Preis für 6 Ausgaben 10,- € incl. Porto  
auf das Konto:  
F. Pöschl, Postbank Köln, K-Nr.  
152160508, BLZ 370 100 50**

## Arbeiten mit den “Klassikern”:

# Was ist richtig (bzw. falsch) - und warum?

Die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus sind Marx, Engels, Lenin und Stalin. Marx und Engels waren die ersten, die die gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wissenschaftlich untersuchten - Lenin und Stalin haben ihr Werk fortgesetzt. Ihre wissenschaftlichen Schriften sind für alle Kommunisten, für die Arbeiterbewegung und die Marxisten-Leninisten ein unerschöpflicher Reichtum, den aber auch die Bourgeoisie für sich ausplündern läßt, z.B. von den Revisionisten.

Bei der Analyse der heutigen politischen Situation können und müssen wir uns auf die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klassiker stützen, doch müssen wir das richtig tun und dürfen außerdem auf eigene wissenschaftliche Arbeit nicht verzichten. Denn eins ist klar: was Marx, Engels, Lenin und Stalin nicht kannten, konnten sie auch nicht untersuchen.

Wichtig ist es zum Beispiel, Klarheit in folgendem Punkt zu haben: Ist eine Sache richtig, weil Marx und Engels das so geschrieben haben - oder haben Marx und Engels das so geschrieben, weil es richtig ist? Mit anderen Worten:

**Richtet sich die Wahrheit, die Wirklichkeit nach Marx und Engels - oder richten sich Marx und Engels nach der Wirklichkeit?**

Wir werden jetzt ein Beispiel der “Arbeit mit den Klassikern” schildern. Um dabei niemand anderes vor den Kopf zu stoßen, nehmen wir ein Beispiel aus unserer Partei.

Zwei Genossen haben eine unterschiedliche Auffassung darüber, ob es im Sozialismus (noch) Warenproduktion gibt oder nicht. Der eine sagt “Ja”, der andere “Nein”. Der “Nein-Sager” beruft sich dabei auf die “Kritik am Gothaer Programm” von Karl Marx. Der “Ja-Sager” guckt daraufhin natürlich dort nach.

Zum nächsten Treffen schleppen sie beide ihr Exemplar “Kritik am Gothaer Programm” an und hauen sich gegenseitig das Zitat um die Ohren, in dem sie ihre Auffassung bestätigt bekommen zu haben glauben. Und nun kommt's: beide haben dieselbe Stelle herausgesucht!

Ja, kann man den Marx mal so, mal anders auslegen, hat der sich so unklar ausgedrückt? Sicherlich nicht! Aber wer von beiden hat denn nun Recht?

Es wird noch amüsanter: eigentlich hat keiner von beiden Recht, jedenfalls dann nicht, wenn es darum geht, die strittige Frage anhand des Textes “Kritik am Gothaer Programm” zu klären. Denn:

Lenin hat immer wieder auf die Arbeitsweise von Marx und Engels hingewiesen: sie haben ein Thema erst um-

fassend untersucht, bevor sie sich darüber wissenschaftlich äußerten. Der (hoffentlich) geneigte Leser ahnt jetzt wohl, worauf wir hinauswollen: die erste wirklich sozialistische Gesellschaft gab es erst nach der Oktoberrevolution 1917; Marx und Engels hatten keine wirkliche Gelegenheit, die sozialistische Produktionsweise daraufhin zu untersuchen, ob es in ihr (noch) Warenproduktion gibt oder nicht - selbst Lenin blieb dazu nicht viel Zeit. Untersuchen konnten es erst Stalin. Marx und Engels konnten sich nur auf die kurzen Erfahrungen der Pariser Kommune stützen und entsprechende Vermutungen äußern. Und in der Pariser Kommune stand noch nicht so sehr die sozialistische Produktion (die ja auch erst aufgebaut werden muß) im Mittelpunkt als viel mehr die Verteidigung der errungenen politischen Macht. Und die muß die Arbeiterklasse ja in der Hand haben, um die sozialistische Produktion aufbauen zu können.

Hier haben Marx und Engels ja dann auch “ganze Arbeit” geleistet und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats wissenschaftlich bewiesen und das allmähliche Absterben des Staates.

Es gibt bei uns auch die Diskussion darüber, ob die DDR kapitalistisch war oder ob es sich bei ihr um eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus handelte. In der Diskussion hierüber spielt die Frage eine Rolle, ob es in der DDR einen inneren Markt gegeben hat (= Kapitalismus) oder nicht (= Übergangsgesellschaft). Hier kann man zur Lösung des Problems jedenfalls die Klassiker nicht heranziehen, denn keiner von ihnen - auch Stalin nicht - hat es miterlebt, daß ein sozialistisches Land von Revisionisten übernommen wurde. Der einzige Marxist-Leninist von Bedeutung, den wir hier zu Rate ziehen können, ist Enver Hoxha. Ansonsten müssen wir schon eigene Untersuchungen anstellen! (Auch das noch - Abschreiben ist doch viel einfacher...)

Entsprechendes gilt natürlich für alle heutigen politischen Themen. Die Klassiker haben konkrete Situationen untersucht und aus ihnen durchaus allgemeingültige Schlußfolgerungen gezogen, die für uns sehr hilfreich sind. Das gibt uns die Möglichkeit, uns auf die allgemeingültigen Schlußfolgerungen, die herausgearbeiteten Gesetzmäßigkeiten zu stützen, entbindet uns aber nicht von der Pflicht, diese allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten selbst auf eine neue, konkrete Situation korrekt und schöpferisch anzuwenden.

Die “Klassiker” haben sich nach der Wirklichkeit gerichtet und nicht umgekehrt - das wäre Idealismus!

## Gysi in Köln

Korrespondenz:

Ein befreundeter Gewerkschaftler machte mich darauf aufmerksam, dass Gysi am Montag, dem 17. März, nach Köln ins Bürgerhaus Stollwerck komme. Da ich Gysi bisher nur aus dem Fernsehen kannte, fuhr ich nach der Arbeit zur Veranstaltung. Im Saal bekam man fast keinen Stehplatz mehr. (Die Linkspartei Köln hat inzwischen an die 700 Mitglieder).

Zu Anfang sprach eine Vertreterin der Linkspartei allgemein über ihre Partei und dass Gysi überall im Lande zu Gesprächen mit der Bevölkerung herumreise.

Danach redete der Kölner Ratsherr der Linkspartei, Jörg Detjen, über die Kommunalpolitik am Ort. Etwa gegen 19 Uhr 45 marschierte dann Gysi mit ein paar Bodyguards in den Saal. Anfangs war der Beifall noch verhalten. Aber Gysi verstand es, fast 2 Stunden lang mit irrsinnigem Tempo interessante Fakten an Fakten zu reihen. Selbst ein Gegner der Linkspartei musste da fasziniert sein ob dieser sprudelnden Beredsamkeit. Und so steigerte sich der Beifall von Minute zu Minute. Nach der Rede zog Gysi mit seinen Bodyguards blitzschnell ab. Die angekündigten Gespräche mit den Wählern fielen aus und es blieb ein Monolog.

Bei dem ganzen Redefluss schien es, dass er alle schwierigen Themen elegant umschiffte. Einzig auf die DKP ging er ein, indem er sagte, die Linkspartei habe nichts gegen Kommunisten. Dies würde schon die lange Existenz der Kommunistischen Plattform in seiner Partei beweisen. Ich dachte bei mir: Das ist aber eher ein Beweis für die Harmlosigkeit der Kommunistischen Plattform!

Auf die Schweinereien der Linkspartei in Mecklenburg - Vorpommern oder Berlin, wo die Linkspartei ja an der Regierung ist, etwa auf das von der Linkspartei mitverabschiedete Polizeigesetz in Mecklenburg, die Sozialkürzungen in Berlin, die Privatisierungspolitik in Dresden, die ablehnende Haltung zum BVG-Streik in Berlin, die Haltung zum GDL-Streik usw. ging er nicht ein. Mit keinem Wort ging er auch darauf ein, wie man bei einer NATO-Mitgliedschaft dauerhaft Auslandseinsätze verweigern kann. Ebenso konnte er keine Erklärung geben, wie er seine zahlreichen Reformvorschläge mit Koalitionspartnern oder auf dem Boden des kap-

italistischen Systems verwirklichen will. Spricht man hier im Westen die Mitglieder der Linkspartei auf die Politik ihrer Partei im Osten an, bekommt man meistens die Antwort, dass das lokale Besonderheiten seien. Es ist an der Zeit, dass die Linkspartei auch in den Parlamenten der alten Bundesländer entzaubert wird.

**Korrespondenz:**

Rot Front,

hier der Artikel, ist leider recht kurz, aber hab kaum Erfahrung in sowas.

Wer in unserem Land seine Grundrechte gebraucht, sieht sich leider schnell mit der Polizei und anderen staatlichen Organen konfrontiert.

Einschüchterung sozialer und revolutionärer Bewegungen gehört leider zum Alltag in der BRD. So werden AntifaschistInnen von der Polizei niedergeknüppelt, um Faschisten die Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Ideologie zu ermöglichen. Und all zu schnell findet man sich vor Gericht wieder. Ende 2007 wurde ich wegen einer angeblich auf der 1. Mai-Demo in Nürnberg geworfenen Flasche zu 6 Monaten Haft verurteilt. Zwei Polizeibeamte als Zeugen genügten, um einen Unschuldigen ins Gefängnis zu stecken. Im selben Jahr wurden drei Hausbesetzer in München zu je 5 Jahren Haft verurteilt und angebliche Mitglieder der "militanten Gruppe" für Monate in Untersuchungshaft gesteckt ohne wirkliche Beweise gegen sie.

Solche Fälle dienen einzig und allein der Einschüchterung. Viele Menschen in unserem Land sind mit dem kapitalistischen System unzufrieden und auf der Suche nach Alternativen. Nur haben eben so viele Angst, wegen Kritik oder gar Einsatz für eine bessere Welt Probleme zu bekommen. Berufsverbote, Haft, Geldstrafen und vieles mehr gegen die marxistisch-leninistische Bewegung. Polizeischutz für Faschisten.

So sieht die Realität in diesem Staat aus. Gegen diese Art des Klassenkampfes von Oben gegen uns hier unten hilft nur organisationsübergreifende Solidarität und die Stärkung der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML. Nur mit einer starken Partei können wir organisierten und erfolgreichen Widerstand leisten.

S.

# “Unser Staat”, die Bundesrepublik: Über ein Verhandlungsangebot der Stasi an die BRD 1991

Ein DKP-Flirt mit ARD-Panorama sorgte Anfang des Jahres für helle Aufregung. Christel Wegner wurde interviewt und sie gab freimütig Antworten. U.a. sprach sie über ein “Organ, das man wieder braucht”, das Gewähr dafür bietet, sich davor zu schützen, “so einen Staat von innen auf(zu) weichen.” (Junge Welt, 10.03.08)

In der Panorama-Sendung wurde davon gesprochen, Frau Wegner wolle die Stasi und die Mauer zurück. Eine Kampagne wurde gestartet, die eine antikomunistische Stoßrichtung hatte. Auf der anderen Seite wurde davon gesprochen, Frau Wegner habe dies nicht gesagt. Sie selber übte Selbstkritik, die aber sehr unglaubwürdig war.

Sie wurde z.B. vom Fraktionsvorsitzenden der Linken im niedersächsischen Landtag, Manfred Sohn, gebeten, “Rechtsmittel” einzulegen, “um eine Herausgabe des Interviewmitschnittes zu erwirken”. Was sie aber nicht tat.

Stattdessen erschien am 21. Februar ein Interview von Wegner in der ‘jungen welt’, in dem sie abwinkend erklärte: “Bestenfalls würde in einer Panorama-Sendung eine Richtigstellung in zwei Sätzen erfolgen. Das lohnt nicht wirklich.. (...)”

Wie auch immer: Eine offene Erklärung von Frau Wegner über die Stasi, über die Mauer, über die DDR ist ebenfalls nicht bekannt. Oder sollte sie diesem “Schild und Schwert” der revisionistischen SED etwa etwas Positives unterstellen?

Das MfS (Ministerium für Sicherheit) - diese konterrevolutionäre Geheimpolizei - war ein wichtiges Instrument der Machterhaltung der modernen Revisionisten.

Das MfS entwickelte sich zu einem monströsen Gebilde. Es gab kaum eine Familie in der DDR, beinahe niemanden, die bzw. der sich völlig frei fühlen konnte, weder vor Bespitzelung, Einschüchterung, Erpressung und Verfolgung noch vor Versuchen der Anwerbung. Zum Selbstverständnis des MfS findet man unter der Rubrik “Sicherheitspolitik, sozialistische” folgende Definition: Das MfS habe, entsprechend dem “Klassenauftrag der

Partei (...) vorrangig alle subversiven Angriffe des Gegners, insbesondere auf die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus, die störungsfreie Durchsetzung der ökonomischen Strategie der Partei und die ideologischen Grundlagen der Weltanschauung der Arbeiterklasse vorbeugend zu verhindern, rechtzeitig aufzudecken und wirksam zu bekämpfen.” (Vgl. Das Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des MfS - Geheime Verschlussache, zweite Auflage. Erarbeitet an der Juristischen Hochschule des Ministeriums in Potsdam-Eiche, 1985. Nachdruck: Ch. Links Verlag, Berlin 1996)

Auffallend ist, dass der Schutz der “Weltanschauung der Arbeiterklasse” zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes gezählt wurde, der damit in der Tat auch die Funktion einer Art “Gedanken- bzw. Ideologiepolizei” für sich reklamierte.

Und die “Weltanschauung der Arbeiterklasse” (d.h. in der Realität der Revisionismus) konnte schon von den jüngsten Bürgern des Landes “angegriffen” werden. Folgerichtig konnten auch Kinder als “negative Kräfte” eingestuft werden.

Nach dem Einverleibung der DDR erläuterten MfS-Generäle, wie sie sich die Lösung des Stasi-Problems vorstellten. Fürsorglich - wie immer - zeigten sie, was sie für “Kommunisten” waren und sind.

Da war nichts mehr von “Parteilichkeit”, “Überzeugung”, “Tschekestischem Heldenmut” zu hören.

---

## Geben und nehmen, tauschen und handeln.

---

Waren sie “Überläufer” zum “Klassenfeind” - das wäre noch einige Jahre vorher die Anklage gewesen - oder waren sie eben nur Instrumente ohne jegliches Klassenbewusstsein?

### Gestern waren sie “rot” - und heute?

Es wäre der Frau Wegner nur zu wünschen gewesen, dass sie diese Polit-Schakale nicht gemeint hat, die eine neue sozialistische Gesellschaft schützen sollten. Das wäre jedenfalls ein Trugschluss.

Anfang der 90er Jahre machten MfS-Generäle ein

Angebot an die BRD. Die Politische BRD-Elite blieb dabei, sie stellte weiterhin die Stasi als ein "kommunistisches Unterdrückungsinstrument" dar.

Hier einige Auszüge aus einem Spiegel - Interview (Nr. 16/1991) mit Werner Großmann (letzter Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im Ministerium für Staatssicherheit), Wolfgang Schwanitz (folgte auf Erich Mielke, den MfS-Chef), Gerhard Niebling (Zentralen Koordinierungsgruppe im MfS), Heinz Engelhardt (Leiter der kurzlebigen Stasi-Nachfolgeorganisation "Amt für Nationale Sicherheit")

Auszüge:

Welche Vorschläge haben Sie der Bundesregierung unterbreitet?

NIEBLING: *Wir sind für eine sachliche Offenlegung aller Aktivitäten dieses ehemaligen Ministeriums. Unser Standpunkt war eigentlich schon immer: Was juristisch zu ahnden ist nach den geltenden Gesetzen, muß geahndet werden. Wir haben keine Hemmungen, das zu sagen.*

*Ein anderer Aspekt sind humanitäre Fragen im Umgang mit Inoffiziellen Mitarbeitern, mit Kundschaftern. Sie haben, so ist unser Standpunkt, grundsätzlich verfassungsmäßig Interessen der früheren DDR vertreten. (...)*

## Das Verhandlungsangebot

### "Für inneren Frieden" - Verhandlungsangebot der Stasi an Bonn

Um an "der Aufarbeitung der Staatssicherheit konstruktiv teilzunehmen", wandten sich Stasi-Generale am 17. Januar an Minister Schäuble. Am 15. Februar kam es zu einem Treffen mit Abgesandten Schäubles\*, in dem die Generale einen schriftlichen Vorschlag unterbreiteten:

Teilamnestie und Rentenregelung gegen Offenbarung ihres Wissens.

Auszüge:

Im Interesse des inneren Friedens sowie der sachlichen, vollständigen und nichtspektakulären Offenlegung der Stellung und Funktion des MfS im System der DDR besteht die Bereitschaft

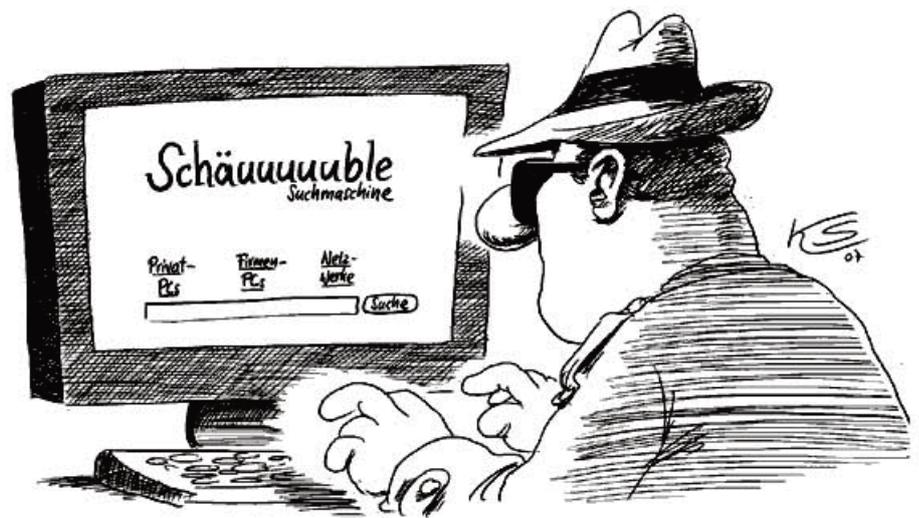
• zum Offenlegen von noch nicht enttarnten Quellen des MfS im Gebiet der ehemaligen BRD sowie im

Nato-Bereich;

• zur Offenlegung der tatsächlichen Zusammenhänge zu dem Komplex "Übergabe von Quellen an das KGB der UdSSR im Zusammenhang mit der Auflösung des MfS";

• mitzuwirken an der realen Bewertung des Handelns von IM in der ehemaligen DDR;

• Zusammenhänge von operativen Vorgängen und Aktionen des MfS aufzudecken, sofern dafür insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen der



Strafverfolgungsbehörden sowie zur Rehabilitierung Betroffener Handlungsbedarf besteht;

• auf Führungsoffiziere und andere Angehörige Einfluß zu nehmen, sich in diesen Prozeß einzubringen;

• Einfluß geltend zu machen, daß von den ehemaligen Angehörigen des MfS keine rechtswidrigen Handlungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland begangen werden.

Ausgehend davon, daß die Unterzeichner des Briefes nicht in der Lage sind, die Offenlegung von Quellen auf der Grundlage von Karteien oder anderen Datenträgern vorzunehmen, sowie unter Berücksichtigung der den Quellen gegebenen Zusicherungen zur Wahrung ihrer Konspiration wird vorgeschlagen:

• Die Bundesregierung ebnet auf der Grundlage entsprechender Rechtsvorschriften den Weg für eine Selbststellung unter Zusicherung der Straffreiheit bei Offenbarung aller Umstände, die mit der Tätigkeit für das MfS im Zusammenhang stehen.

• Über die ehemaligen Führungsoffiziere wird auf die ehemaligen Quellen dahingehend Einfluß genommen, daß die Selbststellung die einzige Alternative ist.

**Für die Stasi:** Werner Großmann. Günther



*Eine Viererbande voller Erwartung*

Für die Stasi: Werner Großmann. Günther Kratsch (Ex-Abteilungsleiter Spionageabwehr). Günter Möller (Ex-Abteilungsleiter Innere Sicherheit), Gerhard Niebling, Heinz Engelhardt.

Schäuble schickte den damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Gerhard Boeden und Eckart Werthebach, damals Unterabteilungsleiter im Bonner Innenministerium, mittlerweile Boedens Nachfolger.

GROSSMANN: Loyalität besteht darin, daß wir schweigen. Und ich möchte auch weiterhin schweigen über interne Erkenntnisse, die unserem Staat Schaden zufügen würden, wenn sie bekannt würden, politischen Schaden und auch einzeln.

Der Bundesrepublik?

GROSSMANN: Na sicherlich, die DDR existiert nicht mehr. Ich bitte zu verstehen, daß es großen Schaden tun würde, wenn jetzt weiterhin bestimmte Regelungen nicht erfolgen. Es gibt Elemente, die Sensationen in die Welt setzen, um Geld zu verdienen. Dem muß man begegnen. Das kann man gemeinsam schnell tun.

Sie meinen Informationen über die alte Bundesrepublik?

GROSSMANN: Na sicher, unsere Mitarbeiter haben ihre Loyalität bewiesen, indem sie die Informationen bis jetzt nicht genutzt haben, außer einigen wenigen, nicht?

Welche Vorschläge würden Sie der Bundesregierung jetzt gerne unterbreiten?

NIEBLING: Ein ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter, der die Möglichkeit nutzt, sich freiwillig zu stellen, soll die Chance erhalten, nicht bestraft zu werden. Es gibt doch genügend rechtsstaatliche Möglichkeiten, solche Fälle zu klären, ruhig, diskret.

GROSSMANN: Nicht in aller Öffentlichkeit, das darf nicht sein, dann tritt schon der Schaden ein.

Warum hat die Bundesregierung bisher auf Ihre Vorschläge nicht reagiert?

GROSSMANN: Man beruft sich auf die Volksmeinung, auf fehlendes Verständnis bei den Abgeordneten. Was uns betrifft, wir brauchen gar keine Amnestie. Diesen Standpunkt halten wir aufrecht. Wir hätten sie aber als kleineres Übel angenommen, warum nicht?

SCHWANITZ: Im Auftreten einiger Politiker wird deutlich, daß sie völlig unkritisch und global alle Behauptungen aufnehmen, die über das Ministerium für Staatssicherheit seit der Wende veröffentlicht wurden. Auf diesem Boden sehen sie keine Möglichkeit, nun mit den Verantwortlichen eines "verbrecherischen Organs" zu einem Gentlemen's Agreement zu kommen.

NIEBLING: Man kann doch nicht 85 000 Mitarbeiter plus 110 000 Inoffizielle Mitarbeiter plus Familienangehörige plus Verwandte ausgrenzen. Das sind doch mehr als zwei Millionen Menschen.



# Willkürlicher Polizeiübergriff

Stellungnahme zum willkürlichen Polizeiübergriff  
nach der LLL-Demo am Sonntag

Am Sonntag kam es in Berlin zu einem großangelegten Polizeiübergriff gegen ca. 55 Personen, die zu der alljährlichen Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration aus Nordrheinwestfalen angereist waren. Nach der Teilnahme an der Demonstration gingen die Betroffenen zu einem Immigrantenverein in Neukölln und brachen schließlich um kurz vor halb sechs mit einem für die Fahrt zur Demo angemieteten Bus zur Heimfahrt auf. Doch leider kam man nicht weit. Bereits auf dem Weg zur Autobahn stoppte die Polizei den Bus jäh auf dem Columbiadamm kurz hinter der Bushaltestelle Columbiadamm/Friesenstraße, und Einsatzkräfte stürmten mit laufenden Videokameras in den Bus. Sie filmten und fotografierten die Insassen. Die Polizei versuchte daraufhin, die zur LLL-Demo angereisten Linken, mehrheitlich mit Migrationshintergrund, in kleinen Gruppen aus dem Bus zu holen, um ihre Personalien festzustellen, und provozierte durch brutales Verhalten. Dieses willkürliche und durch nichts gerechtfertigte Vorgehen lehnte die Gruppe vehement ab.

Durch entschlossenen Protest konnte schließlich erreicht werden, daß alle im Bus bleiben konnten. Allerdings nahm die Polizei ausnahmslos von allen Anwesenden die Personalien auf, obwohl ausdrücklich darauf bestanden wurde, die Ankunft einer verständigten Anwältin abzuwarten.

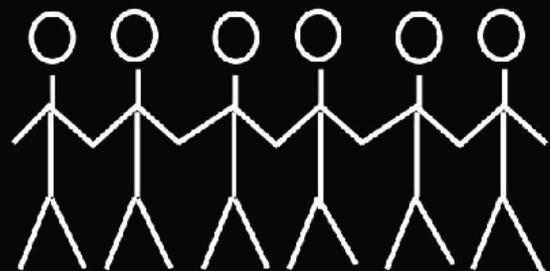
Auf mehrfache Fragen nach dem Grund dieses willkürlichen Überfalls Dutzender Polizisten äußerte der Einsatzleiter sich widersprüchlich. Vage Behauptungen wie +es handele sich um eine Überprüfung\* wechselten mit der Angabe des Vorwands der "Gefahrenabwendung". Selbst gegenüber der herbeigerufenen Anwältin weigerte der Einsatzleiter sich, den konkreten Grund des Einsatzes anzugeben. "Vor Morgen sage ich dazu gar nichts", war das einzige, was der Vertreter des Rechtsstaates, der bereits unzählige willkürliche Gewaltakte gegen Linke und MigrantInnen auf dem Gewissen hat, gegen den brutalen Übergriff auf die Businsassen vorzubringen hatte. Der Tod von

Oury Jalloh, der gefesselt in einer Polizeizelle verbrannte, oder der auf offener Straße erschossene Dominique Koumadio sind ebenfalls Folgen genau dieser Willkür, die in Deutschland "Rechtsstaat" genannt wird.

Wir verurteilen diesen willkürlichen Akt polizeilicher Gewalt gegen die LLL Teilnehmer aufs schärfste. Die Aufnahme der Personalien aller Insassen ohne Angabe von Gründen sowie das Festhalten von über 50 Personen über zirka zwei Stunden in einem Bus stellen einen Eingriff in die demokratischen Rechte dar, den wir nicht schweigend hinnehmen werden.

DEKÖP-A (Plattform der demokratischen Massenorganisationen in Europa), Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, AGIF-Jugend, The VOICE Refugee Forum, Rote Antifa B Du/Dü, Young Struggle, Plataforma der MigrantInnen und Flüchtlinge, ICAD, We Want Freedom Campaign

solidarität  
ist eine waffe



NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK,  
ALLEINE MACHEN SIE UNS EIN.



ROTE HILFE E.V.  
[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

## Zum 5. Jahrestag des Überfalls auf den Irak:

Die Welt wird gegenwärtig von 5 großen Krisen geplagt, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. Ihre Basis ist der Weltkapitalismus. Die erste Krise ist die Weltwährungskrise. Das Dollarsystem bricht zusammen. Die Zweite Krise ist die Welt-Kreditkrise. Das Finanzkapital hat sich um Milliarden und Billionen verkalkuliert und die Krise frisst sich von Bankinstitut zu Bankinstitut weiter, bis auch die Realwirtschaft darunter leidet.

Die dritte Krise ist die Weltenergiekrise. Die aufstrebenden Industrien Asiens brauchen immer mehr Öl und Gas, was insbesondere die verschwenderischen USA betrifft.

Die vierte Krise ist die Lebensmittelkrise. Die landwirtschaftlichen Flächen schrumpfen, die letzten Wälder werden abgeholzt. Einen großen Teil der landwirtschaftlichen Fläche reißen die den Autoverkehr und den Fleischkonsum in der ersten Welt anheizenden Kapitalisten an sich für "Biosprit" und Viehfutter. Die UNO hat durch die Lebensmittelverteuerung kein Geld mehr für die Ärmsten der Armen.

Die fünfte Krise ist die Klimakrise.

Die Welt, vor allem Deutschland als Export- und Niedrigkonsumland wird man in fünf Jahren nicht

mehr wiedererkennen.

Die führende Supermacht USA versuchen die Krise militärisch für sich zu entscheiden. Gegen jedes Völkerrecht versuchen sie sich die Öl-Vorräte und andere Bodenschätze gewaltsam anzueignen. Den arabischen Widerstand wollten sie mit dem Irak-Krieg brechen. Als nächstes versuchen sie die Lokalmacht Iran dauerhaft zu schwächen.

Wir sind gewiß kein Freund des mittelalterlichen klerikalen Mullah-Regimes, aber wir verteidigen das Recht auf Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Welt gehört nicht dem US-Finanzkapital, den US-Ölmultis und dem militärisch-industriellen Komplex der USA.

Wir verurteilen die US-hörige Außenpolitik der Merkel-Regierung und ihre Sanktionen gegen den Iran.

Wir fordern die Abgeordneten der Linken im Bundestag auf, endlich den NATO-Austritt Deutschlands zu fordern. Sonst verdienen sie den linken Namen nicht.

Es lebe die internationale Solidarität mit dem Befreiungs- und Unabhängigkeitskampf des Widerstandes im Irak, Afghanistan, Palästina, Libanon und Lateinamerika!



*Demonstration in Duisburg am 15. März 2008*

## Grußbotschaft der KPD/ML an die Teilnehmer der TIKB-Veranstaltung in Köln:



Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir wünschen Euch zum 29. Gründungstag weiterhin viel Erfolg, Mut und Ausdauer im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Völker der Türkei vom Joch des Kapitalismus und für die sozialistische Revolution.

Die Bourgeoisie dreht für die arbeitenden und arbeitslosen Menschen jeden Cent, jede Lira um. Die Herrschenden selber aber vernichten in den Spielhöhlen des Kapitals, den Börsen, Milliarden oder Billionen Dollars. Das Geld, das sie nicht verspielt haben, schaffen sie in Steuerparadiesen, in Raubritterstaaten wie Liechtenstein, Monaco oder Andorra. Sie wollen keine Steuergelder zahlen für Kindergärten, Schulen oder sozialen Wohnungsbau usw. Sie wollen das ganze Geld für Luxusyachten, Privatjets, Trüffeln und Kaviar.

Die Bevölkerung in Deutschland ist über dieses unverschämte Treiben des Finanzkapitals empört. Zum erstenmal seit über 50 Jahren hat es eine Partei, die links von der SPD steht, die Linkspartei in die Landtage von Hessen und Niedersachsen geschafft.

Nur ein paar Tage nach dieser Wahl setzte die Bourgeoisie zum Gegenangriff an. Es genügte nur eine Hetzsendung von "Panorama". Man interviewte die neue Landtagsabgeordnete, die DKP-Genossin

Christel Wegner, die dem Inhalt nur sagte, dass jeder Staat Staatsorgane braucht und ein anderer Staat eben andere Organe.

Die darauffolgende antikommunistische Hetze führte dazu, dass die Linkspartei sich zu einem offen antikommunistischen Kurs bekannte und die DKP-Genossin aus der Fraktion ausschloß.

Der DKP-Vorsitzende Stehr sprach sich zwar gegen den Ausschluß seiner Genossin Christel Wegner aus, betonte aber, dass auch er fest zur bürgerlichen Demokratie stehe.

Die Debatte, ob Reform oder Revolution wurde daher wieder neu belebt.

Die KPD/ML verurteilt die Offensive der türkischen Armee gegen den Irak und Südkurdistan. Diese Aggression konnte nur mit der Unterstützung des US-Imperialismus begonnen werden. Wir unterstützen das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und solidarisieren uns mit ihrem Befreiungskampf.

Wir solidarisieren uns mit dem heldenmütigen Kampf von TIKB und allen kommunistischen und revolutionären Organisationen in der Türkei.

In der Welt von heute gärt es, die Ereignisse überschlagen sich und die Kommunisten müssen sich anstrengen, die Empörung der Arbeiterklasse und der Völker in die revolutionäre Richtung zu lenken.

**Es lebe die sozialistische  
Revolution !**

**Es lebe die Freundschaft von  
TIKB und KPD/ML!**



www.kpd-online.info/rmprint/994

**ROTER MORGEN**

Zeitung der KPD, 3. März 2008

## Kosova

### Die Freiheit und Unabhängigkeit können nur im Kampf gegen den Imperialismus errungen werden!

Am 17. Februar hat das Parlament von Kosova die Unabhängigkeit des Landes von Serbien proklamiert und den Staat Kosova ausgerufen. In den Strassen von Pristina und den anderen von Albanern bewohnten Städten schwenkten die Menschen nicht nur die Fähnchen des neuen "Staates", sondern auch die der USA und der Europäischen Union. Die serbische Bevölkerung von Kosova dagegen verurteilte die Lostrennung von Serbien und rief ihrerseits zu Demonstrationen auf. So zeigt sich schon jetzt, dass sich die Spannungen in der Balkanregion verschärfen, eine neue Welle von reaktionärem Nationalismus und Chauvinismus herangezüchtet wird und sich die imperialistischen Großmächte für neue Kriege auf dem Balkan rüsten.

---

#### Zerstückelung Jugoslawiens

---

Mit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos ist die von den westlichen imperialistischen Mächten, vor allem von Deutschland und den USA betriebene Zerstückelung Jugoslawiens zu einem vorläufigen Ende gekommen. Deutschland, die USA und die anderen westlichen imperialistischen Mächte betrieben Anfang der 90er Jahre die Lostrennung Sloweniens und Mazedoniens und die in blutigen Kriegen verwirklichte Abtrennung Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens. Die Aggressionen der westlichen imperialistischen Mächte gegen Serbien erreichten im NATO-Krieg von 1999 mit dem 78-tägigen Bombardement Serbiens, mit der Ermordung von tausenden von Zivilisten und der schließlichen Besetzung des Kosova unter dem Deckmantel eines UNO-Mandats einen traurigen Höhepunkt. Schließlich trennte sich Montenegro von Serbien ab und jetzt hat Kosova seine "Unabhängigkeit" erklärt. Die Verantwortung für die Zerstückelung Jugoslawiens tragen vor allem Deutschland und die USA. Ihr Ziel war und ist die Schaffung einer Reihe nicht

lebensfähiger Kleinstaaten auf dem Balkan, die als Aufmarschgebiet und cordon sanitaire gegen das imperialistische Russland dienen können, dass sich mit Serbien verbunden hat.

---

#### Kosova - eine Kolonie des Imperialismus

---

Kosova ist in Wirklichkeit kein souveräner und unabhängiger Staat. Das Land ist eine Kolonie des Imperialismus. Seit 1999 haben die USA, Deutschland und andere NATO-Mächte das Kosova militärisch besetzt. Auch nach der Unabhängigkeitserklärung bleibt Kosova ein besetztes Land, in dem die Besatzungsmächte das Gesetz machen. Über 16.000 ausländische Soldaten sind im Kosova stationiert - rund 3000 kommen aus Deutschland. Weitere 3000 Soldaten kommen aus den USA, der Rest aus den anderen imperialistischen NATO-Staaten. Und sie werden dort bleiben, solange die Imperialisten das für notwendig halten. "Überwachte Unabhängigkeit" wird das genannt, was in Wirklichkeit militärische Besetzung und Diktat des Imperialismus ist.

1.800 von der EU in Bewegung gesetzte Experten aus den Bereichen Polizei, Verwaltung und Zoll fallen wie die Heuschrecken über Kosova her, angeblich um "demokratische Strukturen" aufzubauen. In Wirklichkeit sind sie da, um alles und alle zu kontrollieren und das Land völlig zu unterjochen. Mit ihnen kommt der niederländische Diplomat Feith als Abgesandter der EU und der USA. Er ist der Kolonialgouverneur des Kosova. Er kann Gesetze aufheben, Beamte entlassen und hat ein Veto-Recht bei der Besetzung wichtiger Ämter.

Und nicht zuletzt hängt Kosova vollständig am finanziellen Tropf der EU und der USA. Der Euro ist die Währung des Kosova und hat die DM abgelöst. Die Gelder, die in den Kosova fließen, werden aber nicht umsonst gegeben. Sie müssen mit Zins

und Zinseszins zurückgezahlt werden. Mehr noch, die Imperialisten werden ihre Hand auf die Reichtümer des Kosova, vor allem seine Rohstoffe legen. Dort gibt es die größten Braunkohlevorkommen Europas und riesige Kupfer- und Nickellagerstätten, Gold, Chrom und andere wertvolle Metalle. Schon im Jahr 2005 hatte die EU mit dem "Vertrag über die Schaffung eines regionalen Energiemarktes" praktisch den ganzen Balkan für die großen europäischen Gas- und Strommonopole geöffnet. Die beteiligten Balkanstaaten mussten sich verpflichten, den regionalen Strom- und Gasmarkt zu regionalisieren. Eingeschlossen in diesen Vertrag war schon damals das Kosova.

Schließlich und nicht zuletzt wurden die politischen Schlüsselstellen Kosovos mit Lakaien des westlichen Imperialismus besetzt. Dazu gehört heute der "Premier" Thaci genauso wie der frühere "Präsident" Rugova, der während des Jugoslawienkrieges die NATO aufforderte, Serbien zu bombardieren.

Der SPD-Politiker Klose hat in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (16.2.) auf die Frage, ob Kosova als Staat lebensfähig sei, richtig gesagt: "Nein, Kosova wird auf absehbare Zeit massive Unterstützung benötigen. Das Land kann nicht mal Mitglied der UNO werden. Es erhält weder Ländercode noch Telefonvorwahl ...".

---

### **Das Erbe des Titoismus**

---

Die Völker Jugoslawiens errangen ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Einheit im Befreiungskampf gegen den deutschen Faschismus während des 2. Weltkrieges. Damals kämpften Slowenen, Kroaten, Serben, Mazedonier, Montenegriner, Bosnier und Albaner gemeinsam, Schulter an Schulter, gegen die deutschen imperialistischen Besatzer. So entstand am 29. November 1945 die volksdemokratische Föderative Volksrepublik Jugoslawien. In ihr verkörperten sich die Hoffnungen der Arbeiterklasse und der Völker Jugoslawiens auf eine sozialistische Zukunft, auf einen Staat, in dem alle Nationen gleichberechtigt miteinander leben konnten. Doch diese Hoffnungen wurden bald enttäuscht. Tito und seine Spießgesellen in der kommunistischen Partei Jugoslawiens (dem späteren Bund der Kommunisten Jugoslawiens) verrieten den Marxismus-Leninismus und wurden zu den ersten Revisionisten an der Macht. Sie öffneten das Land dem Imperialismus und entwick-

elten, gestützt auf die Balance von serbischen und kroatischen Nationalisten, eine Politik der nationalen Zersplitterung und Unterdrückung. So wurden in Jugoslawien in breitem Umfang Nationalismus und Chauvinismus, der Hass und die Feindschaft zwischen den verschiedenen Nationalitäten Jugoslawiens gezüchtet.

Unter der Unterdrückung durch die serbischen und kroatischen Nationalisten hatte insbesondere die albanische Bevölkerung in Kosova zu leiden. Sie war aller Rechte beraubt, sogar die albanische Sprache wurde unterdrückt. Kosova wurde zum Armenhaus nicht nur Jugoslawiens, sondern ganz Europas. Viele Kosovaren wurden dazu gezwungen, sich im Ausland Arbeit zu suchen. Erst 1974 gewährte man als kleines Zugeständnis Kosova den Status einer autonomen Region innerhalb Serbiens. Das war keine volle Gleichberechtigung, aber immerhin war so die Eröffnung der albanischen Universität in Pristina, die Eröffnung albanischer Schulen und der öffentliche Gebrauch der albanischen Sprache möglich. Dennoch ging die Unterdrückung weiter. 1981 wurden demonstrierende Studenten brutal von der serbischen Polizei niedergemacht. Im ganzen Kosova kam es daraufhin zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden.

Die Kosovaren forderten nicht die Lostrennung von Jugoslawien, sondern die volle Gleichberechtigung im Rahmen der jugoslawischen Republik. Das war auch die Haltung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung Enver Hoxhas.

Nach dem Tode Titos verschärfte sich die Lage in Jugoslawien. Angestachelt von den Imperialisten entwickelten sich die verschiedenen nationalistischen Clans und Strömungen - Jugoslawien versank im Chaos.

---

### **Milosevic - ein großserbischer Nationalist und Chauvinist**

---

Einer dieser nationalistischen und chauvinistischen Führer war der Serbe Milosevic - bis zum Jahr 2000 jugoslawischer Präsident. Angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Krise, in der Jugoslawien steckte, inszenierte Milosevic eine großserbische nationalistische und chauvinistische Kampagne gegen das albanische Kosova und startete eine Politik der "ethnischen Säuberung". Der Autonomiestatus Kosovos wurde

aufgekündigt. In einer Versammlung rief Milosevic im Jahr 1990: "Wir brauchen weitere Freiwillige, die in Kosovo leben wollen ... Mehrere Hunderte, mehrere Tausende müssen in einer großen Mission nach Süden wandern." Milosevic war ein Reaktionär und Chauvinist. Er spielte die nationalistische und chauvinistische Karte und glaubte an ein Trumpfas Russland. Dieses angebliche As stach aber nicht. Russland steckte selbst in großen Schwierigkeiten und so verlor Milosevic sein Amt und Jugoslawien erstickte im Bombenhagel der NATO-Imperialisten. Schließlich beteiligte sich Russland selbst mit eigenen Soldaten am Krieg und besetzte einen Teil Kosovas.

Es ist beschämend, dass es heute noch sogenannte Linke gibt, die Milosevic für einen Sozialisten und fortschrittlichen Menschen halten und die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosova durch die großserbischen Nationalisten leugnen. Ein Sprachrohr dieser politischen Strömung ist die "junge welt". Dort schreibt ein Werner Pirker am 23. Februar: "Belgrads Politik gegenüber dem Kosovo war in diesen Jahren nicht von brutaler Unterdrückung ... gekennzeichnet. Das Ende der Autonomie haben die Kosovo-Albaner selbst herbeigeführt...". So wird aus Schwarz Weiß, so werden aus Opfern Täter gemacht.

### Gemeinsam gegen den Imperialismus kämpfen

Wir Kommunisten haben immer das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit auch das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren verteidigt. Wir zweifeln nicht daran, dass die überwältigende Mehrheit der albanischen Bevölkerung Kosovas die Erklärung der Unabhängigkeit von ganzem Herzen begrüßt. Aber man muss auch die konkreten Bedingungen sehen, unter denen die Lostrennung Kosovas von Serbien und die Gründung des neuen Staates erfolgte. Unter diesen Bedingungen ist die Lostrennung Kosovas keine gute Nachricht für die Völker des Balkans, einschließlich der albanischen Bevölkerung des Kosova. Wirkliche Freiheit und die Unabhängigkeit können nicht gestützt auf die Panzer und Bajonette des Imperialismus Deutschlands und der USA gewonnen werden. Tatsächlich löst die Lostrennung Kosovas kein einziges der Probleme, die auf dem Balkan bestehen. Im Gegenteil. Die Art und Weise, wie die Lostrennung erfolgte, wird zur Schürung von neuem Nationalismus und Chauvinismus führen. Sie wird auch dazu führen, dass sich auf

dem Balkan die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten Deutschland, USA und Russland weiter zuspitzen und die Gefahr neuer Kriege heraufbeschworen wird. Schon hat Krsljanin, Vorsitzender der "Serbischen Volksbewegung", von der serbischen Regierung gefordert, sie solle Russland um Militärhilfe bitten, um die "Befreiung" wenigstens eines Teils Kosovas verwirklichen zu können. Der deutsche Imperialismus gehört zu den Hauptakteuren auf dem Balkan und in Kosova. Er hat dort das Erbe des deutschen Faschismus angetreten. Seine Truppen und Spezialisten sind Besatzungstruppen und Organe einer Besatzungsmacht. Die Arbeiterklasse in Deutschland und mit ihr die gesamte arbeitende Bevölkerung kann kein Interesse an militärischen Interventionen auf dem Balkan haben. Deshalb kämpfen wir für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller Soldaten und Spezialisten aus Kosova und dem ganzen Balkan.

Die Bushs, Putins, Merkels und Co. sind Feinde der Völker des Balkan, ebenso wie die verschiedenen nationalistischen und chauvinistischen Cliquen in Kosova, Serbien, Kroatien usw., die als Sprachrohr und Agenten ihrer jeweiligen imperialistischen Oberherren agieren. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker des Balkan wird dann errungen, wenn sie sich zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und die Cliquen, die ihnen im Nacken sitzen, erheben. In diesem Kampf wird auch jene Einheit und Solidarität entstehen, die jetzt durch die Manipulationen des Imperialisten und seiner Lakaien zerstört worden ist.



## Neuherausgabe: Enver Hoxha: Die Chruschtschowianer (Erinnerungen)



### **Enver Hoxha: "Die Chruschtschowianer" - Zeugnis des prinzipienfesten Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus**

Das Buch "Die Chruschtschowianer" gibt durch die Eindrücke und Rückblicke des Autors von und über die Begegnungen mit den Führern der KPdSU und anderer kommunistischer und Arbeiterparteien ein lebendiges und konkretes Bild über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der PAA und diesen Parteien im Zeitraum 1953 bis 1961, vom Tode Stalins bis zum endgültigen Bruch mit den Chruschtschowianern.

Es analysiert die Hintergründe der tragischen Entwicklung in der SU und anderen Ländern und zeigt die Faktoren auf, die diese Entwicklung ermöglichten - Faktoren, deren Auftreten in Albanien die Chruschtschow-Gruppe zwar mit allen Mitteln zu fördern versuchte, die von der albanischen

Partei aber entschlossen ausgeräumt wurden. Bürokratismus und Technokratismus, der Verlust der revolutionären Entschlossenheit, die Herrschaft der Apparatschiks über Partei und Staat, ungesunde Euphorie, die Jagd nach Posten und Privilegien und vor allem der Verzicht auf den marxistisch-leninistischen Kompass sind einige der Wurzeln dieses Übels, wird in dem Buch unterstrichen.

Der Weg der Chruschtschowianer zur Machtergreifung war ein Weg der Intrigen, der Putsche, der Liquidierung ihrer Gegner, der mysteriösen Morde. Diese Aussagen belegt Genosse Enver mit Fakten, wenn er die konterrevolutionäre Rolle Chruschtschows, Mikojans und anderer beschreibt, die selbst in der Partei einen Zustand der Sorglosigkeit und der Euphorie herbeiführten und einen Kult um Stalin aufbauten, während sie im Verborgenen seine Direktiven entstellten und ihre konterrevolutionären Anschläge vorbereiteten. Der Erfolg ihrer Verschwörung wurde auch begünstigt durch das Verhalten der alten Garde der sowjetischen Führer, die als Mitkämpfer Stalins angesehen wurden, die aber ihren revolutionären Geist eingebüßt hatten, politisch verkalkt waren und sich in Leichname des Bolschewismus verwandelt hatten.

Der Konflikt zwischen der PAA und der sowjetischen Führung spitzte sich durch zahlreiche Zusammenstöße auf ideologischer und politischer Grundlage allmählich zu. Er hatte zu tun mit herausragenden Fragen der Theorie und Praxis der Revolution, mit der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung, mit der Haltung gegenüber den Feinden der Revolution, gegenüber den Völkern und gegenüber den Zerstörern des Marxismus-Leninismus.

Die Entwicklung dieses Konfliktes schildert der Autor ebenso anschaulich wie das Scheitern aller Versuche, die Albaner an der Äußerung ihrer Meinung und der Festigung und ideologischen Stärkung ihrer Partei gegen die revisionistischen Einflüsse zu hindern.

Einen besonderen Platz in seinem Buch gibt Enver Hoxha der Darstellung des Bukarester und des Moskauer Treffens von 1960, auf denen die PAA offen zum Frontalangriff gegen den Chruschtschow-Revisionismus übergang. Die Beziehungen der Partei und der Regierung Albaniens zu den anderen Parteien und sozialistischen Ländern werden auch verdeutlicht durch die Berichte des Autors über Begegnungen, die er mit einer Reihe von Führern dieser Länder gehabt hat, und durch deren Charakterisierung. Während Enver mit Wärme und Zuneigung von solchen Führern wie Dimitroff, Gottwald, Kolaroff, Bierut, Pieck und anderen spricht, die Internationalisten und echte Freunde Albaniens waren, unterstreicht er bei den später hochgekommenen Führern ihre indifferente, unfreundliche und später - dem Chrusch-tschowschen Vorbild folgend - feindliche Haltung gegenüber Albanien.

“Mit der von ihnen verfolgten Linie verursachten sie nicht nur der internationalen kommunistischen Bewegung großen Schaden, sondern verletzten auch die grundlegenden Interessen ihrer Länder. Es war diese Politik, die diese Länder unter die Herrschaft der Chruschtschow-Gruppe und später unter die Breschnews brachte, während die entschiedene Haltung unserer Partei entscheidend war für die Sicherung der

**Peinlich -**

## **Dr. Dalai Lama h.c.**

Der Liebling der Bougeoisie so ziemlich aller Länder, der Dalai Lama, wird mit zahlreichen, z.T. finanziell lukrativen Ehrungen überhäuft, auch den Friedens-Nobelpreis hat er schon eingeheimst. Da wollte die Westfälische Wilhelms-Universität Münster natürlich nicht nachstehen - sie verlieh ihm im September 2007 die Ehrendoktorwürde. Wie stolz verkündet wurde, ist das die erste Doktorwürde einer deutschen Universität für den DL - da haben sie es ja gerade noch geschafft, den anderen zuvorzukommen!

Prof. Dr. Hubert Wolf, Theologe und Kirchenhistoriker, über den DL (seine Anhänger kürzen ihn SH ab - “Seine Heiligkeit”): “Er (verbindet) eine tiefe religiöse Überzeugung und spirituell-meditative Versicherung mit naturwissenschaftlichen Einsichten und (hebt) damit die Zerrissenheit einer ganzen Generation zwischen Glauben und Wissen... in seiner Person auf.” (Pressemitteilung upm, 27.6.2009)

Die Naturwissenschaften sind “exakte” Wissenschaften in zweierlei Hinsicht: zum einen arbeiten sie mit exakten Meßmethoden und überprüfbaren Fakten - richtig ist, was bewiesen ist; zum anderen haben sie exakt definierte Fachbegriffe. Legt man diese Kriterien an die Religion an, so kommt man zu der bekannten Formulierung “Glauben heißt Nichtwissen.” Der DL wurde also geehrt, weil er die Wissenschaft mit dem Glauben, der Unwissenschaftlichkeit verbindet.

Nun mag man das einer Religionsfakultät noch nachsehen, doch peinlich wird es spätestens dann, wenn man erfährt, daß diese “Ehrung” vom Fachbereich Chemie und Pharmazie, also von Naturwissenschaftlern, vorgenommen wurde.

Die Lehrstühle und Institute der deutschen Universitäten sind zwar in den Händen bürgerlicher Wissenschaftler, doch sollte man auch von denen erwarten, daß sie sich gegen Unwissenschaftlichkeit zur Wehr setzen. Wir sind überzeugt davon, daß irgendwann die Wissenschaftlichkeit sich auch an der Universität Münster durchsetzt und die Ehrendoktorwürde dem DL wieder aberkannt werden wird - er wäre ja nicht der erste, dem das wiederfährt. Doch der Makel wird von nun an immer als dunkler Fleck auf dem Bild der Universität Münster haften bleiben.

verlegt von: **Red Star Press**

Paperback, 270 Seiten

**12 Euro zuzügl. Porto**

\* \* \*

ebenfalls neu verlegt:

**Enver Hoxha**

“Allein unter der Führung einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei könne die Ziele erreicht werden.” Aus einem

**Gespräch mit Ernst Aust** vom

30. November 1979

Red Star Press

Geheftet, 21 S.

**1 Euro zuzügl. Porto**

Bestellungen an:

**KPD/ML**

**PSF: 351102**

**39034 Magdeburg**

## Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostets 5 €, jede Doppel-DC 8 €, jeweils einschließlich Porto.

**Außerdem als CD erhältlich:**

- \* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:**
- \* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- \* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam Albanische Hefte 1/2004

**NEU:** Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

**NEU:** Zionismus - Todfeind der Völker

**NEU:** Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

**NEU:** Kampf für die Befreiung der Frau  
Bestellungen bitte an:

**H. Polifka, Postfach 35 11 02**

**39034 Magdeburg**

**Bankverbindung: Postbank Köln, K-Nr.:**

**152160508 BLZ 370 100 50, Kennwort F.Pöschl**

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

**Wieder aufgelegt:**

**KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin**  
(als Broschüre 3 €)

**Neuerscheinung 2005:** (nur noch wenige Exemplare)

**Herbert Polifka:** Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten)  
Preis: 18 €



## Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neu-sozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

\* \* \*

**“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der z u m e r s t e n m a l ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)**